

Bezugspreis:

Für den Monat Mai 1923 M. ...

Telegraphen-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Donnerstag, den 10. Mai 1923

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Der passive Widerstand.

Erklärung der Gewerkschaften.

Der Notenwechsel der letzten Tage über Reparation und Ruhrbesetzung gibt den unterzeichneten Verbänden der deutschen Arbeiter und Angestellten Veranlassung...

Die unterzeichneten Verbände sind, der politischen Lage Rechnung tragend und in dem Wunsche, die Nachwirkungen des Krieges baldmöglichst zu heilen...

von jeher für Reparationen eingetreten

und haben die Bereitwilligkeit der deutschen Arbeiter und Angestellten, an Reparationen mitzuwirken, immer wieder betont. Sie versichern auch heute ihre Bereitwilligkeit zur Reparation in den Grenzen des Möglichen...

Einbruch der Franzosen und Belgier

in das Ruhrgebiet, für den der Friedensvertrag von Versailles keine Unterlage bietet und der wirtschaftliche Voraussetzungen durch militärische Gewalt entgegen will. Er bedroht in gleicher Weise das Selbstbestimmungsrecht weiterer Teile des deutschen Volkes...

heit, wie er die Freiheit der Arbeit, das Gemeingut der arbeitenden Menschen aller Völker unterdrückt.

Hiergegen richtet sich der Widerstand der deutschen Arbeiter und Angestellten, die passive Resistenz, die geistige und sittliche Waffe, die keinem Volke gegenüber der Unterdrückung genommen werden kann.

Spontan aus den besten Kräften des Volkes hervorgegangen.

weil an der Ruhr Gewalt und Unrecht zu herrschen versuchen. Keine Regierung hat diesen Widerstand befehlen oder schaffen können, keine Regierung kann ihn abstellen und keine wird ihn, selbst mit den grausamsten Mitteln der Gewalt zu unterdrücken vermögen.

Die deutschen Arbeitnehmer werden in ihrem Widerstand nicht einen Tag länger verharren, als an Rhein und Ruhr der rechtswidrige Zustand andauert. Sie führen dabei einen schweren Kampf, aber trotz Not und Entbehrung fühlen sie sich stark in dem Bewußtsein, ihr gutes Recht, die Freiheit ihres Arbeitsplatzes, zu verteidigen.

Berlin, den 9. Mai 1923.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund. Deutscher Gewerkschaftsring.

Zum Mainzer Urteil.

Ein Schreiben des Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident hat an den Reichsverkehrsminister folgendes Schreiben gerichtet: Ein französisches Kriegsgericht in Mainz hat, wie ich schon erwähnte, unter Ausschluß der Öffentlichkeit 17 Eisenbahnbeamte, Gewerkschaftsführer und Angestellte des Deutschen Eisenbahnerverbandes nach einem summarischen Massenverfahren zu unerhöht langen Gefängnisstrafen verurteilt...

Das Urteil gegen die Eisenbahner in Mainz wurde — allerdings unter Ausschluß der Öffentlichkeit — am Montag gefällt. Das Urteil gegen die Krupp-Direktoren dagegen am Dienstag! Die Morgenpresse vom Mittwoch war nun angefüllt von Einzelheiten über das Werdenener Urteil...

Bedeutung der „Vorwärts“ gab den Berlinern Kunde von dem Schandurteil des Mainzer Kriegsgerichts, dem die deutschen Gewerkschaftsführer aus dem Lager der Eisenbahnbeamten und -arbeiter zum Opfer fielen.

So konnte es kommen, daß durch die inländischen und ausländischen Telegraphenstränge die Entrüstungskundgebungen wegen der Beurteilung der Krupp-Direktoren verbreitet werden, daß aber das in seiner Ursache und seiner Wirkung ebenso grausame Erkenntnis der Mainzer Kriegsrichter vollkommen totgeschwiegen wurde.

Nachrichtendienst so vollkommen versagen konnte, daß keine amtliche Stelle in Berlin von dem am Montag gefällten Schandurteil in Mainz Kenntnis erhielt, und daß auch bis zur Stunde außer unserem ausführlichen Bericht darüber nur kurze Inhaltsangaben durch die Korrespondenzbureaus verbreitet wurden.

Proteststreik bei Krupp.

Essen, 9. Mai. (W.B.) Der Betriebsrat der Firma Friedr. Krupp beschloß in seiner heutigen Nachmittagsitzung gegen den Willen der Firma, am nächsten Freitag in einen Proteststreik von 11 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags einzutreten.

Essen, 9. Mai. (W.B.) Die Ortsauschüsse der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen erlassen folgenden Ausruf: „Arbeiter, Angestellte, Beamte, Bürger! Das unerhörte Urteil des französischen Kriegsgerichts zu Werden hat die Empörung aller hell entzündet.“

1. Die Obmannen und Betriebsräte aller Essener Betriebe werden ersucht, Freitag morgen schnellstens dahin zu wirken, daß in ihren Betrieben ebenfalls wie bei der Firma Krupp von elf bis vier Uhr die Arbeit vollständig ruht.

Die Rüpel Szenen im Landtag.

Aus der sozialdemokratischen Landtagsfraktion wird uns geschrieben:

Als die Kommunisten in den Preussischen Landtag einzogen, haben sie verschiedentlich Veranlassung genommen, ihre Stellung zum Parlament darzulegen. Sie erklärten, daß sie nicht als Gesetzgeber, nicht als Mitarbeiter in das Parlament eingezogen wären, sondern um auch von innen das Parlament einzuziehen...

Seitdem aber die kommunistische Landtagsfraktion der Führung eines Dr. Meyer entbehrt, der wenigstens eine geistige und politische Persönlichkeit war, erschöpft sich ihre parlamentarische Tätigkeit in Unsinn und Kadaver, in Gemeinheiten und Beschimpfungen des Hauses und seiner Präsidenten, die auf die Dauer zu energischer Abwehr solcher Methoden führen mußten.

Franz Krüger ist geistig völlig gesund; er leidet an einer nervösen Lähmung der Beine und unterzieht sich in diesen Tagen einer Operation. Die Gemeinheit dieses Auspruchs von Kay gibt aber einen kleinen Begriff davon, welchen Verbrechen die Herren Kommunisten im Landtag sich angewöhnt hatten.

Diese nicht mehr zu ertragende Methode der Kommunisten veranlaßte die sozialdemokratische Fraktion zu dem Beschluß, von dem Präsidenten des Hauses zu verlangen, daß er von den Mitteln der Geschäftsordnung Gebrauch mache, um die Ordnung im Hause und ein parlamentarisches Arbeiten zu gewährleisten.

Wenn die Kommunisten einen Vergleich mit dem Ausschluß Borchardts im Jahre 1912 ziehen, so ist dieser völlig verfehlt. Im jetzigen Preussischen Landtag haben die Kommunisten jede Möglichkeit zu schärfster politischer Stellungnahme. Ihre 26 Mann starke Fraktion hat zu jedem Punkt der Tagesordnung dieselbe Redezeit wie die 135 Mann starke sozialdemokratische Fraktion.

Auch alles, was die kommunistische Presse über die Unzulänglichkeit oder die absichtliche Vorbereitung eines solchen Vorgehens des Parlaments gegen die Kommunisten erzählt, ist erflogen. Es ist gar keine Rede davon, wie die „Rote Fahne“ behauptet, daß dies Vorgehen im Preussischen Landtag ein Aufstuf zu einer allgemeinen Kommunistenhege oder einer Hinarbeiten auf die große Koalition im Reich bedeutet.

Wirtschaftspartei verweigert hatte. Auch der Versuch der Kommunisten, nun ihre Erklärung unter Bezugnahme auf einen anderen Paragraphen der Geschäftsordnung an den Mann zu bringen, mußte von den Präsidenten zurückgewiesen werden. Zu der Wut der Kommunisten über die Abrechnung, die Genosse Heilmann mit ihnen in Sachen des mitteldeutschen Aufstands gehalten hatte, kam nun noch die Wut über die geschäftsordnungsmäßige unanfechtbare Behandlung ihrer Erklärung. Diese Wut ließ nun die Kommunisten Mittel des Protestes wählen, die in einer Winkelneige, nicht aber in einem demokratischen Parlament ertragen werden können. Es ist nicht wahr, daß der Abgeordnete Kaj zu seinen Beschimpfungen der Sozialdemokraten: „Schmieriges Gefindel“ usw. provoziert worden sei durch Beschimpfungen seitens der Sozialdemokraten. Sein Verhalten entsprang vielmehr der Wut über die Beendigung der Debatte durch Schlufantrag. Die Folge dieser kühnen Schimpferei war dann ein tatsächlicher Angriff auf ihn, in dessen Verlauf auch andere Kommunisten und Sozialdemokraten in die Kauferei hineingezogen wurden. Es ist gelogen, wenn die „Rote Fahne“ behauptet, daß sich anderthalb hundert Sozialdemokraten auf ein Dutzend Kommunisten gestürzt hätten. An dem ganzen bedauerlichen Vorgang waren höchstens acht bis zehn Abgeordnete beteiligt.

Es ist sicherlich tief zu bedauern, daß das Preussische Parlament der Schauplatz solcher Szenen werden konnte, aber wer die seit Monaten fortgesetzte Taktik der Kommunisten, die mit Politik und Unfriede überhaupt nichts mehr zu tun hat, kennt, begreift und entschuldigend die tatsächliche Abwehr dieser Methoden. Es ist nicht wahr, daß die sozialdemokratische Fraktion bei dieser Gelegenheit ihren „Saalschutz“ habe in Aktion treten lassen. Mit einem solchen Saalschutz hat die sozialdemokratische Fraktion sich nie beschäftigt und wird das auch nicht tun, da sie der Auffassung ist, daß für die Ordnung im Parlament andere Mittel zur Verfügung stehen oder geschaffen werden müssen als der Selbstschutz der Parlamentarier. Die Entsehung dieses Märchens von dem Saalschutz ist zurückzuführen auf die verschiedentlich erfolgten Äußerungen einiger sozialdemokratischer Abgeordneter, daß sie, wenn das kommunistische Treiben so weiterginge, einmal genötigt sein würden, die Schimpfhelden mit Gewalt zur Ruhe zu bringen. Es ist auch nicht wahr, daß die Sozialdemokraten diese Dinge provoziert hätten, weil sie eine Fortsetzung der Debatte über den mitteldeutschen Aufstand fürchteten. Dokumentarisch hat Heilmann bewiesen, daß dieser Aufstand ein auf Moskau verweisendes Ereignis war, mit Moskau Geld unterstütztes Verbrechen war. Wenn in seinem Verlauf Mißhandlungen, Grausamkeiten, Fehlsprüche gegen Aufständische vorkamen, so bedauern wir Sozialdemokraten das am lebhaftesten, aber auch die Schuld hierfür tragen die Urheber des Aufstandes.

Nach dem Ausschluß von Kaj führten die Kommunisten ihre Obstruktion in einer Form weiter, die jedes Verhandeln im Parlament unmöglich machte. Es handelte sich nun einfach um die Frage, ob zwei Duzend Abgeordnete das Recht haben sollen, das Parlament unter ihr Joch zu zwingen und es an jeder Arbeit zu hindern. Im Interesse des Parlaments und des Volkes konnte und durfte ein solches Vorgehen nicht geduldet werden. Die Sozialdemokraten stimmten deshalb im Aeltestenrat zu, daß ausgeschlossen Abgeordnete gewalttätig mit Hilfe von Zivilpolizei aus dem Saal entfernt werden sollten, wenn sie nicht gutwillig gingen. Wenn am 7. und 8. Mai eine Reihe kommunistischer Abgeordneter mit mehr oder minder sanfter Gewalt aus dem Saal entfernt werden mußten, so ist das ihre Schuld. Sie hätten ebensogut nach der zweiten wie nach der 22. Ausschließung ihre unsinnige Taktik einstellen und das Parlament arbeiten lassen können. Die sozialdemokratische Fraktion wird immer für die weitgehendste Meinungsfreiheit im Parlament eintreten. Sie wird auch immer für einen absoluten Schutz der Minderheiten eintreten, aber sie kann nicht die Mehrheit des Hauses durch eine kleine Minderheit vergewaltigen und jede Arbeit im Hause unmöglich machen lassen. Zur Herstellung

und Aufrechterhaltung der Ordnung im Parlament wird die sozialdemokratische Fraktion auch in Zukunft jedes Mittel ergreifen, das die Geschäftsordnung vor sich sieht. Nicht gegen die kommunistische Fraktion richtete sich das Vorgehen im Landtag, sondern gegen unverantwortliche Sabotage jeder parlamentarischen Arbeit.

Die neue Devisenverordnung.

Neue Paragraphen — alte Halbwahrheiten.

Der Reichsrat hat der neuen Verordnung gegen die Valutaspekulation zugestimmt. Die Maßnahmen, die hier in neuer Form gegossen wurden, sind nur zu einem ganz geringen Teil neuerer Herkunft. In der Hauptsache hat man die vom Kabinett Birth erlassene Devisenverordnung, die feinerzeit als Dilettantismus verhöhnt worden ist, neu redigiert und in einzelnen Punkten ausgestaltet. Dieselben Leute, die damals die Eingriffe in den Devisenmarkt nicht laut genug bekämpfen konnten, haben also jetzt anerkannt, daß der Grundgedanke der damaligen Verordnung gut war; sie haben auch durch die Ausgestaltung der Verordnung zugegeben, daß schon damals entsprechend den Wünschen der Sozialdemokratie mehr hätte geschehen müssen; aber zu ganzen Entschlüssen ist auch das Kabinett der Fachminister nicht gekommen.

So fehlt in der neuen Devisenverordnung die Bestandaufnahme der vorhandenen fremden Wechsel und Zahlungsmittel, die die jetzige Reichsregierung am 19. April angekündigt und damals noch für notwendig gehalten hat. Es fehlt in ihr ferner das Verbot der Käufe von ausländischen Aktien und Rentenpapieren zu Spekulationszwecken. Selbst das Verbot der Beleihung fremder Devisen ist nur in einer gegenüber kleinen Schiefern wirksamen Form ausgesprochen; man hat die Verpfändung von ausländischen Geld- und Banknoten gegen Papiermarkkredite verboten. Die großen Schieber, die Schecks und Wechsel hamstern, können weiter ihren Devisenbesitz festhalten und mit Papiermarkkrediten Valutagewinne erzielen.

Allerdings bringt auch die Verordnung manche wünschenswerte Neuerung, so insbesondere die, daß auch die Devisengeschäfte der Banken unter die Kontrolle gestellt werden, die jetzt verschärft werden soll. Die Reichsbank erhält die Möglichkeit, nicht nur die Geschäfte der Banken zu kontrollieren, sondern auch von Devisenbesitzern Auskunft über ihre Bestände zu verlangen. Theoretisch ist damit die Voraussetzung dafür geschaffen, der Spekulation auf den Zahn zu fühlen. Ob dabei praktisch allerdings mehr herauskommen wird, als dicke Bände von Akten mit Anmeldungen, wie sie sich jetzt schon in den Finanzämtern häufen, ist sehr zu bezweifeln, solange man nicht den Mut dazu findet, eine Bewirtschaftung der Devisen einzuleiten. Immerhin ist diese Bestimmung ebenso wie eine Reihe anderer Vorschriften, so das Verbot des Verkaufs deutscher Mark im Ausland, eine Verschärfung der bisherigen Devisenkontrolle, und es kommt jetzt auf die Ausführung der Paragraphen an. Hier ist von vornherein zu befürchten, daß die ausübenden Rechtsorgane zu nachsichtig auftreten werden. Hat doch der Gesetzgeber durch Widersprüche und Verschärfungen der Bestimmungen die wirkliche Absicht des Gesetzwerfes so unklar wie nur irgend möglich gemacht. Was hilft es, wenn man auf der einen Seite gegen Zuwiderhandlungen Geldstrafen bis zu 100 Millionen verhängen und einzelnen Handelsfirmen Devisengeschäfte überhaupt verbieten will, aber auf der anderen Seite die Forderung von Zahlungen in fremden Devisen und Devisenpandengeschäften nicht unter allen Umständen für nichtig erklärt, sondern der Spekulation nicht noch die Hintertür offen läßt, unter dem Vorwand des „guten Glaubens“ das Geschäft aufrechtzuerhalten und ihren Profit einzubehalten?

Die alten Halbwahrheiten sind geblieben. Die Spekulation hat sich mit dieser prächtigen Bekämpfung ihres Geschäftes längst abgefunden, ehe noch die Verordnung in Kraft

ist. Wenn die Regierung nicht lernt, mit aller Strenge gegen die Privatinteressen der Markzerstörer vorzugehen, wenn sie dem Urteil interessierter „Sachverständiger“ mehr Glauben schenkt als den Mahnungen der Sozialdemokratie, wenn sie vor allem aus ihrer eigenen Auffassung, daß die Devisenhamsterei und Spekulation bekämpft werden muß, nicht die notwendigen Schlüsse zieht, so ist das nur zu bedauern. Die Devisenverordnung ist schließlich nur ein kleiner Teil der Maßnahmen zur Markstützung. Wichtigere Schritte, wie vor allem die rückichtslose Einschränkung der Reichsbankkredite sind bis heute noch nicht erfolgt. Wird es erst eines neuen Marksturzes bedürfen, um die Regierung auch in diesen Punkten zur Einsicht zu bringen? Das kann keiner wünschen.

Der staatsgefährliche Oberbürgermeister.

Disziplinarverfahren gegen Luppe.

München, 9. Mai. (M.T.B.) Im Staatshaushaltsausschuß des Landtages kam es bei der Beratung des Etats des Ministeriums des Innern bei dem Kapitel Polizei in Nürnberg zu einer lebhaften Aussprache über das Verhalten des Nürnberger Oberbürgermeisters Dr. Luppe am 1. Mai. Staatsminister Dr. Schwegler erklärte, daß Dr. Luppe sich ohne triftigen Grund direkt an die Reichsanzeiger gewandt habe. Ob es sich dabei um eine sofortige Inanspruchnahme militärischer Hilfe gehandelt habe, sei zur Beurteilung des Falles gleichgültig. Es werde nunmehr gesagt, Staatssekretär Hamm sei auch Reichstagsabgeordneter, und Luppe habe das Recht, sich an einen Abgeordneten zu wenden. Es sei festgestellt, daß Staatssekretär Hamm selbst in der Reichsanzeiger nicht anwesend war, daß Dr. Luppe aber der Reichsanzeiger gegenüber die Sache vorgetragen hat. Davon, daß im Falle eines etwaigen Sturzes der Regierung Nürnberg als vorübergehender Sitz der Regierung in Aussicht genommen sei, sei ihm nichts bekannt.

In der Aussprache bedauerte der Demokrat Dirr, daß Dr. Luppe sich nicht auch sofort an die bayerische Regierung gewandt habe. Hierin müsse man einen Verstoß erblicken, aber von einer Absicht Dr. Luppens, gegen die bayerische Regierung vorzugehen, könne absolut keine Rede sein. Der Redner verlas eine längere Darstellung der Nürnberger Vorgänge vom 1. Mai. Danach hat Dr. Luppe die Lage als kritisch angesehen. Der Zweck des Berliner Telefongesprächs sei gewesen, den Staatssekretär von der drohenden Gefahr für München in Kenntnis zu setzen, damit nötigenfalls von den Reichsinstanzen sofort die entsprechenden Maßnahmen getroffen werden könnten. Dr. Luppe stelle in Abrede, daß er angeregt habe, sofort Reichswehr nach München zu senden.

Dieser Bericht des Wölfischen Telegraphenbureaus, der wie gewöhnlich unvollständig ist, wird im „Berliner Tageblatt“ ergänzt. Danach hat der Nürnberger Oberbürgermeister mit dem Staatssekretär Hamm, als dieser noch bayerischer Minister war, schon früher über die möglichen Folgen eines Münchener Putschs gesprochen und sich am 1. Mai im Verfolg dieser früheren Besprechungen an ihn telephonisch nach Berlin gewandt. Es handelt sich dabei also nicht um eine Aktion hinter dem Rücken oder gegen die bayerische Regierung, sondern im Gegenteil um eine Aktion in ihrem Interesse. Für bayerische Verhältnisse bezeichnend ist es, daß der bayerische Innenminister, der weder den Rat noch die Kraft hat, die bewaffneten Banden Hillers auseinanderzutreiben, gegen den Nürnberger Oberbürgermeister, der Vorsichtsmaßregeln zum Schutze verfassungsmäßiger Zustände traf, das Disziplinarverfahren eingeleitet hat. Bekanntlich hat der Nürnberger Stadtrat mit übergroßer Majorität das Vorgehen Luppens gebilligt. Daß das Reich einen erfolgreichen Putsch der Hiller-Banden in München nicht unbeantwortet lassen könnte und würde, und daß alle verfassungstreuen Bevölkerungskreise in Bayern vom Reiche mit Recht Hilfe erwarten könnten, das scheint man in den Kreisen der bayerischen Regierung bereits als staatsgefährlich anzusehen. Man kann gespannt sein, wie diese „Aktion“ der auf einmal so energischen „Regierung“ in München ausgehen wird.

Militarismus.

Von Hils.

Die militärischen Richter im Krupp-Prozess, die einen gewichtigen Beitrag zur Geschichte der Schande unseres Zeitalters beigetragen haben, glauben selbständig arbeitende Köpfe zu haben und sind nur nach hergebrachtem Schema eingestellte und arbeitende Maschinen, sofern sie dem soldatischen Ideal entsprechen. Sie sind Opfer der organisierten Verblendung, die kurz und treffend „Militarismus“ genannt wird.

Diese schlimmste Erfindung der Zivilisation ist deshalb fürchterlich, weil trotz allem viele Kreise noch immer nicht merken, eine wie verhängnisvolle Rolle das Militär im Leben der Völker spielt. Dem oberflächlichen Sinn der Masse geht nur die blinde und prunelnde Außenseite ein, die allein zu dem Zweck gemacht ist, um zu blenden, um eine brutale Anwesenheit zu verordnen. Denn im Krieg, dem einzigen Daseinszweck des Militärs, werden die blühenden Ziergärten sorgsam verdeckt. Nur ein Mittel, irgendein Ziel zu erreichen, kennt das Militär: die Gewalt. Gewalt wird auch dem Gehirn angetan, dem Denken, der Vernunft. Es ist darauf angewiesen, systematisch auf die Ausschaltung der Gedankenapparatur hinzuwirken. Sonst würde es sich selbst durch die eigene Sinnlosigkeit hinwegsetzen. Jede Kritik prallt ab vor dem ängstlich und herrlich zugleich gehüteten heiligen Nimbus. Drohend klingende Phrasen von erschütternder Heerheit, in durchsichtiger Absicht erfunden und bis zum Ueberdruß immer und immer angewandt, genügen für den Durchschnittsbürger. Sie brauchen nicht einmal für verschiedene Nationen verschiedene Laute. Ihn beglücken die hingeworfenen Brocken „heiligste Güter“ und „Heldentod“ und lähmen sein Denken vollends. Gedankenkräftig erschauert er ebenso vor dieser Art Mist wie der bürgerliche Soldat lebensunwürdig vor dem Zauber der Uniform.

Der Militarismus sieht seine Erfüllung im Kampf. Er ist begierig, seine Mittel unter allen Umständen anzuwenden. Für wen, für was, gilt ihm als Frage zweiter Ordnung. Er ist in schlechtem Sinne international. Ich rede also nicht von dem deutschen, dem französischen oder englischen Militarismus; ich rede vom Militarismus schlechthin. Aber einmal kommt die Zeit, wo diese Unkultur sterben und im unerschütterlichen Fortschritt versinken wird. Gegen den Militarismus erhebt eine Waffe, deren Macht von Tag zu Tag gewaltiger wird, gegen die er nicht gefeit ist, die sein Ansehen untergräbt. Allmählich und unvermeidlich kommt über ihn der Zug der Lächerlichkeit. An der Ruhr, wo die Tanks, die plumpen Symbole der Sinnlosigkeit roh in die Stätten der Arbeit trampeln, ebenso wie hier Soldaten, im Stahlhelm auf dem reglementverstopften Schädel und die Handgranaten am Gürtel, Dienstgebäude schützen müssen. Tanks und Handgranaten, zu nichts nütze als zur Zerstörung, in der Straße, dem Heim wertvoller Menschen, die festen Willens sind, produktiv zu schaffen! Welch ein Ungeheuer!

Die zehn französischen Soldaten, die an ihren dreizehn Brüdern in Essen zu Warden geworden sind, haben ihre Untat auf Befehl begangen. Der alte Kolonialoffizier, der mit dem unmenslichen Befehl Trauer säte, hat ihn nicht aus freiem Ermessen gegeben, sondern als bedauernswertes Werkzeug des Militarismus. Vielleicht sind es weisheitsreiche Menschen; aber ein guter Soldat darf kein Mensch sein, ein Soldat ist ein befehlsempfangender Automat mit

graufigem Mechanismus. Daß es möglich ist, vier Menschenalter nach der französischen Revolution, denkenden Menschen ihre Seele zu rauben, daran ist die berechnete in die Welt gesetzte, mit allen Mitteln unterhaltene, immer noch lebendige und unselige Einstellung des menschlichen Geistes zum Militarismus schuld, der etwas Unheilvolles als heilfam, etwas Teufliches als göttlich angesehen gedrückt ist. Der Militarismus behauptet, hunderttausende von Menschen aus Menschlichkeit schämen zu müssen und opfern Millionen. Ohne Unwahrscheinlichkeit kann er nicht existieren. Er läßt, um die Moral aufrechtzuerhalten. Er täuscht sich selbst mit hohen Redensarten über seine innere Berechtigung. Im Jahre 1890 sagte Nolte im Reichstag: „Nur eine starke Regierung kann den Frieden verbürgen“, und „lange schon und auch jetzt noch ist es nur das Schwert, welches die Schwerter in der Scheide zurückhält“. Diese abgenutzte und unwahre Meinung hinderte ihn aber nicht, als letzte Begründung für die Notwendigkeit der Heeresvergrößerung anzuführen: „Die friedlichen Versicherungen unserer Nachbarn in Ost und West — während übrigens ihre kriegerischen Vorbereitungen unausgesetzt fortschreiten — sind gewiß sehr wertvoll, aber Sicherheit finden wir nur bei uns selbst“. Und Nolte galt und gilt noch als Genie.

Es ist nicht ein Zeichen von Schwäche, es ist ein stolzer Beweis der Kraft edlen Menschentums, den militaristischen Geist auf ewig zu verbannen, aber er steht auch bei uns noch in hohem Ansehen. Unter den Augen des republikanischen Reichswehrministers bekennst sich Hindenburg öffentlich als Verehrer dieses unheilvollen Geistes. Wir tragen ihn nicht nach, daß er befeigt ist, aber er war kein einwandfreier General — das muß endlich ausgesprochen sein. Karl von Clausewitz betont in seinem Werk „Vom Kriege“ nicht einmal, sondern zweimal, und dreimal: „Die Politik ist der Geist, der Krieg aber bloß das Werkzeug — und nicht umgekehrt.“ Dagegen hat Hindenburg verstanden. Ein Feldherr, der die Elemente seiner Kunst nicht beachtet, soll schweigen.

Der fürchterliche Erfolg unseres Krieges, die Barbarei an der Ruhr, hat bisher nicht vermocht, den Wahnsinn des Militarismus offenkundig zu machen. Welche Katastrophe muß die Menschheit noch treffen, damit Licht in dieses mittelalterliche Dunkel fällt?

Ein Theater der Oberlehrer? Das Provinzial-Schul-Kollegium in Lichterfelde plant ein Bühnenunternehmen, das in verschiedenen Theatern Berlins den höheren Schülern gute Kunst bieten soll. Bei dieser Nachricht weiß man nicht, ob man den Idealismus bewundern soll, der zu einer solchen Neugründung heute gehört, oder die Kraftverschwendung bedauern, die hier droht. Oder ist es etwa nicht Idealismus, ein neues Theater lediglich (wie es in einer Zukunft jener Behörde heißt) zur Ergänzung des Deutschunterrichts zu schaffen? Nur diese Rücksicht, wird gesagt, veranlasse die Schule, sich mit dem Theater abzugeben. „Die dramatische Kunst im Dienst des Deutschunterrichts der höheren Schule“ — Preisfrage des Provinzial-Schul-Kollegiums. Nur für Oberlehrer! Erster Preis: ein Freipost im Vorparquet.

Man darf bezweifeln, daß genannte Behörde über die unbedingt erforderlichen praktischen Erfahrungen verfügt, die eine solche Gründung voraussetzt. Man wird sich fragen, warum in aller Welt

es denn nun immer bloß „höhere“ Schüler sein müssen, über die sich der pädagogische Segensstrom besuchend ergießt. Man wird schließlich feststellen, daß es längst Unternehmungen gibt, die das leisten können, was man in Lichterfelde beabsichtigt. Vor allem käme da die „Jugendvolksbühne“ in Betracht, die seit langem sich unter schweren Opfern bemüht, der Jugend aller Volkskreise gute Kunst zu bieten, und mit der sich sicher ein Abkommen treffen ließe. Jedenfalls wäre hier die Form, in der die gute Absicht Lichterfelde Gestalt gewinnen könnte; hier wären Erfahrungen, wäre Tradition, wären vor allem Menschen, die zu lehren und zu leiten verstanden. Einer Neugründung im angegebenen Sinne aber würden viele Kreise der Elternschaft und auch der Lehrer wenig Vertrauen entgegenbringen.

Rätselhafte Reichweiten der drahtlosen Telegraphie. Jede Sendestation der drahtlosen Telegraphie hat eine bestimmte Reichweite, innerhalb deren die Wellen von den Empfangsstationen aufgenommen werden können. Diese Reichweiten beziehen sich meist auf den Berke bei Tage, bei Nacht werden häufig Reichweiten erzielt, die zwei- bis dreifach so groß sind. Nun gibt es aber außer diesen natürlichen Schwankungen auch noch rätselhafte Veränderungen der Reichweiten, von denen Ludwig Thor in der Leipziger „Illustrirten Zeitung“ berichtet. So wurden z. B. ungewöhnlich große Reichweiten während des Krieges nicht selten beobachtet. Eine kleine Sendestation in Kreuznach, die normalerweise eine Reichweite von 100 Kilometer hatte, bekam plötzlich eine gute Verständigung mit Konstantinopel, also eine Entfernung von etwa 2000 Kilometer. Ebenso konnte sich die Station Swinemünde, die eine normale Reichweite von 500 Kilometer besitzt, gelegentlich mit einem Dampfer unterhalten, der an der Westküste Afrikas in der Nähe des Äquators festgesetzt wurde. Diese übergroßen Reichweiten bestanden aber nur kurze Zeit, und man kann annehmen, daß solche Zufallsverfolge auf atmosphärischen Einflüssen zurückzuführen sind. Neben besonders günstigen Fällen kommen auch solche vor, bei denen die Ausbreitung der elektrischen Wellen an bestimmten Stellen der Erdoberfläche einen großen Widerstand findet. So stand während des Krieges die Marinelandstation in Konstantinopel mit den im Schwarzen Meer kreuzenden Schiffen „Göben“ und „Breslau“ in dauernder Verbindung, besand sich jedoch eins der Schiffe an einer bestimmten Stelle der kleinasiatischen Küste, so war der Verkehr nicht mehr möglich, obgleich die Entfernung innerhalb der normalen Reichweite lag. Ähnliches wird von der Danziger Sendestation berichtet. Hier ist eine drahtlose Verständigung mit Schiffen, die sich in der Nähe der Steilküste von Rixhöft befinden, trotz der ganz geringen Entfernung nur schwer möglich. Dessen konnten hier liegende Schiffe miteinander nur durch Vermittlung der weit entfernten Station Riel verkehren. Man nimmt an, daß bei diesen Erscheinungen geologische Einflüsse von großer Bedeutung sind.

Zu der Hochschule für Politik, Schmelzplatz, spricht Genosse H. Stein Freitag 6-8 Uhr über „Die Volkswirtschaft in Rußland“.

Stiebold als Inkubator. Am „Bayer. Kabinett“, Kompositionstraße 12, sind diesen Monat alle von Max Stiebold illustrierten Werke ausgestellt. Besichtigung 10-1, 3-6.

Englische Verurteilung des Krupp-Urteils.

London, 9. Mai. (WZ.) In einem „Besten Verbrechen?“ überschriebenen Artikel bespricht die „Daily News“ außer dem britischen Regierungsurteil auch mit dem Werdener Urteil. Das Blatt schreibt: Selbst die wildeste Phantasie hätte nie die gefürchte Folge der Niedermetzelung der 13 Krupp-Arbeiter durch französische Soldaten vorhersehen können. Es sei dargelegt worden, daß die Arbeiter keinen Angriff auf die Soldaten machten. Das photographische Beweismaterial zeige, daß die Arbeiter in voller Flucht niedergeschossen wurden. Die Arbeiter handelten nicht auf Veranlassung der Direktoren, sondern das Arbeiterrates in Übereinstimmung mit einem Brauch, der von den Franzosen nicht verboten worden war. Die Strafen von 10 bis 20 Jahren Gefängnis und Hunderten von Millionen Mark Geldstrafe seien auferlegt worden nicht den Franzosen, die für das Schicksal verantwortlich seien, sondern den Kruppischen Direktoren. Soweit von London aus beurteilt werden könne, seien die Urteile zustande gekommen, nicht durch irgendwelches belastendes Beweismaterial, sondern

Arbeiter in voller Flucht niedergeschossen wurden. Die Arbeiter handelten nicht auf Veranlassung der Direktoren, sondern das Arbeiterrates in Übereinstimmung mit einem Brauch, der von den Franzosen nicht verboten worden war. Die Strafen von 10 bis 20 Jahren Gefängnis und Hunderten von Millionen Mark Geldstrafe seien auferlegt worden nicht den Franzosen, die für das Schicksal verantwortlich seien, sondern den Kruppischen Direktoren. Soweit von London aus beurteilt werden könne, seien die Urteile zustande gekommen, nicht durch irgendwelches belastendes Beweismaterial, sondern

trotz des genau entgegengesetzten Beweismaterials. Das Frankreich des zwanzigsten Jahrhunderts betrachte Widerstand gegen Invasion durch die französischen Truppen als Verbrechen und zerstöre, um seiner Ansicht Geltung zu verschaffen, seinen eigenen Ruf, als Land, das Gerechtigkeit und fair play liebt. In dieser Beziehung habe Frankreich auch darauf bestanden, seine eigene separate Antwort auf die letzte Note zu erteilen. Die gestrige durch die britische Regierung erfolgte würdige Zurückweisung der überreichten französischen Aktion in der Frage der Note werde sicher nicht nur in England, sondern auch in Frankreich und Belgien selbst mit größter Zustimmung aufgenommen werden. Es bleibe noch abzuwarten, welchen Gebrauch die britische Regierung von der Freiheit, die sie wiedererlangt habe, machen werde. Man könne hoffen, daß sie Nachdruck lege mehr auf die Elemente in den deutschen Vorschlägen, die die Hoffnung auf eine schließliche Vereinbarung geben als auf die Elemente, die den Weg versperren. Zweifellos werde sie die Tatsache begrüßen, daß

endlich eine endgültige Summe genannt worden sei, zusammen mit einem Angebot, die Frage ihrer Zulänglichkeit einem unparteiischen Urteil zu unterbreiten und sich dem Ergebnis zu fügen. Die britische Regierung werde das Garantieangebot zur Kenntnis nehmen und um weitere Einzelheiten darüber ersuchen, wie seine Anwendung geplant sei. Obgleich Großbritannien die Invasion, ob sie legal sei oder nicht, nicht ausdrücklich gebilligt habe und daher in keiner Weise verpflichtet sei, der deutschen Forderung nach ihrer Zurücknahme zu widersprechen, könne es immer noch für klug erachtet werden, der deutschen Regierung anzuraten, nicht die Torheit zu begehen, die Aussichten auf eine Regelung durch eine Weigerung, in zwischen zu verhandeln, zum Scheitern zu bringen. Aber sicher werde

keine Unterstützung der unmöglichen Gegenforderung gewährt werden, daß der passive Widerstand gegen die Invasion aufgehört müsse und tatsächliches Zusammenarbeiten der Deutschen mit den Eindringlingen erfolgen müsse, bevor alternative Methoden einer Regelung erörtert werden können. Im Gegenteil könne angenommen werden, daß vorgezeichnet werden wird, daß es schließlich für Deutschland unmöglich ist, entweder die Mittel für die Reparationen zu finden oder zu einer angemessenen und zulässigen Schätzung seiner Fähigkeit in dieser Richtung zu gelangen, solange der Bürgerkrieg gegen seine gesamten wirtschaftlichen und industriellen Hilfsquellen beibehalten und bitterer Haß gegen den Eindringling durch Verbrechen wie das gestrige Werdener Urteil gefördert werde.

Die neue Dreyfus-Affäre.

Kopenhagen, 9. Mai. (Eigener Drahtbericht.) „Socialdemokraten“ brandmarken das Werdener Urteil in längeren Ausführungen und sagt u. a.: „Die Empörung der ganzen Welt hat Frankreich gezwungen, den Dreyfus-Prozess zu revidieren; die Empörung der Welt gegen den französischen Imperialismus und Militarismus wird auch die Revision des Werdener Schandurteils und die Befreiung seiner Opfer erzwingen. Die Urteile von Werden und Mainz werden die Meinung der Welt über das Frankreich von heute in einer Weise beeinflussen, daß alle Kanonen und Maschinengewehre Frankreich dagegen nicht helfen werden.“

„Sogar das Kriegerecht vergewaltigt.“

Bern, 9. Mai. (E.B.) Der „Bund“ schreibt zum Urteil im Prozess gegen die Kruppdirektoren: „Das Urteil, das sogar über den Antrag des Staatsanwalts hinausgeht, vermißt jedes moralische Rechtsempfinden. Man denke sich, bei einer wegen Beschlagnahme erfolgten Zusammenhäufung in den Kruppwerken werden 14 Arbeiter von französischen Soldaten niedergeschossen. Die französische Militärjustiz reißt hierauf ein Strafverfahren vom Zaun, obwohl, wie der Genfer Verteidiger Morand vor Gericht ausführte, in ähnlichen Fällen niemals ein solches eingeleitet worden wäre, und sie belegt Personen, die keine Verantwortung treffen kann, mit geradezu wahnwitzigen Strafen. Verfahren und Urteil beweist wieder einmal, daß man sich im Kriege befindet, nur daß diesmal sogar das Kriegerecht vergewaltigt worden ist.“

Das englisch-italienische Vorgehen.

London, 9. Mai. (WZ.) In den Blättern wird die Kritik der Pariser Presse an der gestrigen Erklärung der britischen Regierung viel beachtet. „Evening Standard“ schreibt: Die gemeinsame Aktion der Italiener und Engländer werde vielleicht die Franzosen zwingen, weiter zu verhandeln. „Manchester Guardian“ schreibt: Die Verhandlungen müßten, koste es was es wolle, in Fluß gehalten werden. Die Regierung müßte das, was nach ihrer Ansicht Deutschland tun könne und wollte, um sein Angebot zu verbessern, in ihrer Antwort klar auseinandersetzen. Es werde dann Sache der deutschen Regierung sein, eine weitere Anstrengung zu machen. Nur in dieser Richtung liege eine sofortige Hilfe. „Wall Gazette“ schreibt: Alles, was Baldwin gestern über das Vorgehen Frankreichs gesagt habe, werde in seiner Beweisstärke verstärkt werden durch

Das Werdener Urteil.

Die gesamte französische Vorstellung sei ein Gemisch von Tragödie und Farce gewesen. Die Reparationen seien wenig mehr, als ein Vorwand für Annexionen. „Star“ bezeichnet die Werdener Urteile als tatsächlich ungeheuerlich. Die französischen Regierungskreise seien immer noch befeuert von dem Gedanken, den deutschen Rationalgeist zu zertrümmern, aber Poincaré könne nicht das glücken, was Napoleon mißglückt sei.

London, 9. Mai. (WZ.) Wie gemeldet wird, fand heute vor-mittag in Downingstreet 10 unter Vor-sitz Curzons eine Kabinetts-sitzung statt, auf der die britische Antwortnote an Deutschland, die bereits früher vom Kabinett erörtert war, gebilligt worden sei. Die Note, an deren Entwurf seit einiger Zeit von britischen Sachverständigen gearbeitet worden sei, werde in ihrer endgültigen Gestalt möglicherweise am Freitag abgehandelt werden.

Joch ist zufrieden mit Polen: bei seiner Abreise von Warschau nach Polen sagte er, Polens Heer sei nach Pilsch Einbrüchen so tüchtig, daß es auch ohne Joch selbst Krieg führen könne, wenn das nötig werde.

Die Interpellation über den Marksturz.

Steuerfragen und der wirtschaftliche Niedergang im Reichstag.

Die gestrige Sitzung des Reichstags eröffnete
Präsident Löbe

mit folgender Ansprache:
Ihren allen sind die Schreckensurteile zur Kenntnis gekommen, die gestern Abend in Werden und in Mainz gegen die Leiter des Kruppischen Betriebes und den Betriebsrat und gegen die Gewerkschaftsführer der Eisenbahner ergangen sind. Vandfremde militärische Richter haben den Versuch gemacht, den Mord an den Essener Arbeitern zu verhüllen dadurch, daß sie die Urteile der Ermordeten zu Jahrzehnte langem Kerker verurteilten. (Lebhafte Proteste.) Sie gaben sich wohl der kindischen Auffassung hin, daß sie die Augen der Welt damit blenden könnten. Sie glauben, daß sie hinter dem dunklen Vorhang dieser Schreckensurteile das Blut von sich ab-waschen können, das an ihren Händen klebt und das sie nicht mehr entfernen können. Ich beneide diese Männer um ihr richterliches Gewissen nicht. (Sehr richtig!) Sittlich wollen wir mit ihnen nicht rechten, sie haben ihr Urteil selbst zu verantworten, aber ich belege den Haß, der dadurch zwischen zwei Völkern gesetzt wird, und der immer tiefer wird und vielleicht, wie der Verteidiger im Prozess ausgeführt hat, gegen den Willen eines großen Teils des französischen Volkes ist, sicherlich aber mit bewußter Absicht der derzeitigen Reichsregierung. Und ich darf im Namen des Reichstags den Betroffenen allen, die im Kerker schmachten und ihre Heimat verloren haben und den Hinterbliebenen der Gefallenen sagen: Was ihr schuldlos leidet, leidet ihr für euer Volk und es wird der Tag kommen, da die Quoten, die ihr in den Zeiten der Erniedrigung auf euch genommen habt, auf den Blättern der Geschichte hell und leuchtend zu eurem Ruhm erstrahlen werden, während die Grausamkeit eurer Peinigung verächtlich beiseite geschoben wird. (Lebhafte Beifall.) Wenn die Geschichte das Zeugnis ist, dann könnt ihr mit Ruhe und Stolz dem Urteil dieses Gerichts entgegensehen. (Lebhafte Beifall.)

Die Mitglieder des Reichstags hatten sich während der Rede des Präsidenten erhoben. Kommunisten waren nicht anwesend. Hierauf trat man in die Tagesordnung ein.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Lesung des Antrags der bürgerlichen Parteien betreffend Verlängerung des Notgesetzes bis zum 31. Oktober d. J. Ohne Debatte wird der Antrag endgültig angenommen. Die Beratung des

Haushalts des Reichsfinanzministers

wird in der allgemeinen Debatte beim Gehalt des Ministers fortgesetzt.

Abg. Lange-Hegemann (Z.): Die Steuergesetzgebung ist so verwickelt, daß es kaum noch möglich ist, eine richtige Steuererklärung abzugeben. An sich ist es richtig, daß im Jahre 1922 von der Einkommensteuer 90 Proz. durch den Lohn-zug gezahlt sind, aber man muß dabei bedenken, daß die Steuer durch Lohnabzug zu einer Zeit bezahlt ist, wo der Dollar viel niedriger stand. Bei einer Steuerreform, die einmal kommen muß, wird man besondere Steuertarife für den Lohn-abzug und für die anderen Steuerzahler machen müssen. Wir haben einen Antrag gestellt, wonach die Raten der Vorauszahlungen auf die Steuer vergrößert werden sollen, um einen Ausgleich zwischen den Lohnempfängern und den veranlagten Steuerzahlern herzustellen. Wenn die Reparationsfrage erst gelöst sein wird, werden die bürgerlichen Parteien dafür gerade stehen, daß die Steuern gemacht werden, die die Einnahmen erbringen sollen, aber eher nicht, um nicht in ein Joch ohne Boden zu schöpfen.

Abg. Lambach (Dnat.): Wir billigen die Stützungsaktion, die Frage ist aber, ob sie nicht zu spät eingeleitet hat. Darüber wird ja wohl ein Untersuchungsausschuß urteilen, dessen Einsetzung ein Antrag verlangt. Im Interesse der Einheitsfront an der Ruhr bedauere ich, die Resolution der Sozialdemokraten, die die Lasten der Ruhrkrise lediglich der kleinen Klasse der Besizenden auf-erlegen will. Wir Arbeitnehmer sind stolz darauf, diese Lasten mitzutragen. (Beifall rechts.)

Abg. Dauch (D. Sp.): Den sozialdemokratischen Antrag, die Ruhrkosten bestimmten Bevölkerungsschichten aufzuerlegen, müssen wir ablehnen. Die Sozialdemokraten überschätzen die Leistungsfähigkeit unserer wirtschaftlichen Unternehmungen, wenn sie meinen, daß diese aus einem vollen Joch schöpfen können. Das Schlimmste ist das Steigen der Kreditzins. Bei einem Bankdiskont von 18 Proz. sind wir eigentlich nicht mehr konkurrenzfähig.

wenn wir unser Betriebskapital so stark belasten müssen.

Abg. Dr. Fildner (D. Sp.): Namens meiner Fraktion möchte ich betonen, daß man in dieser Zeit der Not des Landes und der deutschen Wirtschaft nicht den Eindruck in das Volk hineindringen soll, daß jeder Devisenhandel strafbar sei. Man darf nicht sagen, daß die Wirtschaft es an gutem Willen habe fehlen lassen, weil das Ergebnis der Devisenanteile unbefriedigend ausgefallen ist. Die Anleihe wurde in einem Augenblick gemacht, wo die Wirtschaft Devisen besonders nötig hatte. Der sozialdemokratische Antrag, wonach die Kosten des Ruhereinbruchs lediglich durch die Belastung der hohen Einkommen und Vermögen gedeckt werden sollen, ist in seiner Einseitigkeit abzulehnen.

Abg. Böhmer (D. Sp.): Ich möchte davor warnen, die Widerstandskraft der deutschen Industrie allzu sehr zu über-

schätzen. Die Verhältnisse sind in Wirklichkeit sehr viel düsterer. Die Gründe hierfür sind die ungeheuren Amputationen an den Vorauszahlungen ihrer Lebensmöglichkeit, die Erschöpfung und Verteuerung des Kredits, der merkliche Einbruch des Auslands, das unsere Export starke Konkurrenz macht, und zwar mit oder ohne Stabilisierung, die Folgen der Teuerungswelle, die sich gerade in der Industrie stark auswirken, die Gefahr, daß die Industrie später

technisch nicht mehr auf der Höhe der Zeit stehen wird. Bei der Beurteilung der Verhältnisse in der Industrie möchte ich betonen, daß die Gewinnmöglichkeiten des Handels sehr viel größer sind als bei der Industrie. Sönnen Sie der Industrie die noch mehr oder weniger starken Reserven; denn diese erhöhen die Widerstandskraft und bilden eine Rückversicherung für den Arbeitnehmer, der bei einem Zusammenbruch am meisten zu leiden hat.

Reichsfinanzminister Dr. Hermes:

Zur Beantwortung der Interpellation über den Marksturz habe ich die allgemeinen Ursachen der Devisenbewegung (schon im Ausschuss) dargelegt. Die Reichsregierung hat sofort Ermittlungen bei den im Devisenhandel beteiligten Kreisen eingeleitet, das Ergebnis liegt aber noch nicht so vor, daß schon ein sicheres Urteil gewonnen werden könnte. Wenn die gestern im Reichsrat verabschiedeten Maßnahmen gegen die Devisenspekulation und die Verordnung über die Wechselstuben in Kraft sind, kann die Reichsbank jederzeit und bei jedermann sich Aufklärung über die Devisenbestände verschaffen und die unwirtschaftlichen Bestände an sich ziehen. Durch das Verbot von Markverläufen und die Ueberwachung werden wir künftig ein klareres Bild über die Einflüsse an der Börse gewinnen und Risikofälle besser beseitigen können. Auch die Reichsbank wird einer den Interessen der Gesamtheit zuwiderlaufenden Betätigung von Sonderinteressen mit allen Mitteln, auch unter Anwendung schärfter Restriktionen entgegenwirken. Wir müssen alles daran setzen, daß endlich einmal ein Boden gewonnen wird, der eine dauernde europäische Lösung der Reparationsfrage ermöglicht.

Nach einigen Ausführungen des Abg. Fiedrich (Komm.) spricht

Abg. Dr. Herß (Soz.):

Keine politischen Freunde erblicken auch in dem Zentrumsantrag betreffend Verzinsung der Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer keine wirklichen Abhilfsmittel gegen die Ungerechtigkeiten bei der Steuerzahlung, wenn wir ihm auch zustimmen. Wenn der Antrag heute nicht erledigt wird, kann er für den 15. Mai nicht mehr wirksam werden, sondern erst am 15. August. Danach wäre der Antrag nichts als eine schöne Geste nach außen hin. Herr Lange-Hegemann hat erklärt, nach Abschluß der Ruhrangelegenheit werde auch seine Partei für die Uebernahme größerer Lasten auf die Besizenden sein, ich nehme von dieser Erklärung Kenntnis. Aber wir verlangen in unserem Antrag, daß bis zum 5. Juni die Regierung eine Vorlage über die Belastung des Besizes einbringt. Unser Antrag ist nicht unübersehbar. Bis dahin werden sich die Kosten übersehen lassen.

Es handelt sich lediglich darum, ob er berechtigt ist, die Ruhr-

kosten auf die Schultern der Besizenden zu legen.

Die Masse der Bevölkerung hat schwer zu leiden an Gut und Blut, während die Besizenden ihr Eigentum erhalten können. Die Kapitalrentner wollen wir dabei schonen und befreien, ebenso die Angestellten und Angehörigen der freien Berufe. Es handelt sich heute lediglich um eine Entschärfung, ob der Reichstag die Belastung der Besizenden für gerechtfertigt hält. Nehmen Sie unseren Antrag ab, so schaffen Sie eine schwere Atmosphäre in Deutschland, denn das Volk wird darunter ver-stehen, daß die Besizenden sich ihrer Belastung entziehen wollen. Damit schließt die allgemeine Aussprache.

In einer persönlichen Bemerkung gegenüber dem Abg. Lange-Hegemann hebt Abg. Dr. Hefflerich (Dnat.) hervor, daß er wiederholt erklärt habe, daß auch seine Freunde zu schweren Opfern bereit seien. Ertrübnisweise bestche aber heute Einigkeit darüber, daß nicht wieder Unerfüllbares unterschrieben werden dürfe.

Damit ist die Interpellation der bürgerlichen Arbeitsgemein-schaft wegen des Marksturzes erledigt. Der Antrag der Sozialdemokraten auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses über die Ursachen des Marksturzes wird angenommen. Die Abstimmung über die Anträge der Sozialdemokraten und der Kommunisten wegen Belastung der Besizenden mit den Ruhrkosten wird auf eine spätere Sitzung verschoben.

Eine Reihe Entschließungen des Haushaltsausschusses wird an-genommen; sie beziehen sich u. a. auf Regelung von Beamtenver-hältnissen, Vorlegung einer Denkschrift über die Steuerleistungen der Aktiengesellschaften, Vereinfachung der Steuergesetzgebung und Dezentralisation der Steuerverwaltung.

In der Einzelberatung befragt Abg. Dorich (Dnat.) die Kompliziertheit der Steuergesetzgebung, die es dem Landwirt kaum möglich machen, seine Steuererklärung richtig ab-zufassen. Auch die Finanzbeamten können der Schwierigkeiten nicht Herr werden.

Der Rest des Haushalts des Finanzministeriums wird be-willigt. Nächste Sitzung: Freitag 2 Uhr. (Kleinere Haushalte; Mieterzuschlag.) Schluß 7 Uhr.

Ein französischer Verhandlungsvorschlag.

Prüfung durch den Völkerbund.

Paris, 9. Mai. (E.B.) Der „Temps“ macht heute einen ersten schätzbaren Versuch, die Lösung der Reparationsfrage dem Völkerbund zu unterbreiten. Nachdem die Zeitung zuerst aus den gestrigen Erklärungen in englischen Parlament den Schluß gezogen hat, daß die englische Regierung für eventuelle neue u. a. annehmbare deutsche Vorschläge verantwortlich sein werde, ent-wickelt sie eine „private Anekdote“. Danach soll der Gedanke einer internationalen Reparationsanleihe ganz fallen gelassen werden. Statt dessen würde Deutschland gehalten sein, den Anleihebedienst für alle bisherigen Reparationsansätzen in den alliierten Ländern zu übernehmen. Die Prüfung dieser Frage könnte dem Finanzkomitee des Völkerbundes unterbreitet werden, natür-lich erst dann, wenn Deutschland kapituliert haben und die französisch-belgischen Bedingungen angenommen haben werde, die in der Antwort auf die deutschen Vorschläge ausgedrückt worden sind.

Deutschlands Protest.

Berlin, 9. Mai. (WZ.) Die deutschen Missionen sind beauftragt worden, den nicht an der Ruhrbesetzung beteiligten fremden Regie-rungen eine Note zu überreichen, in der es heißt: Der letzte Ent-schluß der Ruhrbesetzung

nicht unter militärischem Druck zu arbeiten,

hat zu dem Brauch geführt, den Arbeitern bei einer militärischen Besetzung ihrer Produktionsstätte durch Streikensignale das Zeichen zur Arbeitsniederlegung zu geben. Dieser Brauch, den die fran-zösischen Befehlshaber längst kannten und sonst niemals beanstandet hatten, ist jetzt benützt worden, um daraus ein geheimes Komplott der Werksleitung gegen die Besatzungstruppen zu konstruieren. Der Zweck dieser sinnlosen Anleihe lag von vornherein klar zutage. Sie sollte die Verantwortung für die Ermordung der vierzehn Ar-

beiter von den Besatzungstruppen abwälzen und einer deutschen Stelle aufbürden; zugleich sollte ein Keil zwischen die Arbeiterschaft und die Unternehmer getrieben werden.

Die deutsche Regierung hat, um die Hand zu einer unparteiischen Feststellung des Sachverhalts zu bieten, schon vor Wochen der fran-zösischen Regierung den Vorschlag gemacht, eine

Internationale Untersuchungskommission

einzusetzen, die gemäß dem Haager Abkommen von 1907 das beider-seitige Beweismaterial zu prüfen und auch alle sonstigen für den Zwischenfall in Betracht kommenden Tatsachen aufzuklären hätte. Die französische Regierung hat auf diesen Vorschlag nicht geant-wortet. Sie hat es vorgezogen, die Frage, ob die Schuld an dem Zwischenfall bei den auf deutscher Seite beteiligten Personen oder bei den französischen Besatzungstruppen liegt, von einem aus An-gehörigen dieser Truppen gebildeten Kriegsgericht entscheiden zu lassen, das zugleich Partei und Richter war.

Die deutsche Regierung protestiert feierlich gegen diesen Gewalt-akt, den Frankreich in dem Augenblick begeht, wo Deutschland seinerseits einen Schritt getan hat, um im allgemeinen Interesse die Beendigung des gegenwärtigen Konflikts herbeizuführen.

Die Ermittlungen im Fall Kohnbach. Der Untersuchungsrichter beim Staatsgerichtshof, Landgerichtsrat Dr. Richter, ist in Berlin eingetroffen, um die notwendigen Ermittlungen in Sachen Kohnbach anzustellen. Von Berlin aus begibt sich der Untersuchungsrichter direkt nach Bayern, wo seine Aufgabe die gleiche wie in Nord-deutschland sein wird, nämlich Zeugen zum Fall Kohnbach zu ver-nehmen.

Histerie in Polen. In Krakau, wo kürzlich ein Bomben-an-schlag auf die Wohnung des Rektors der Universität Prof. Ratan-sch verübt wurde, explodierte eine neue Bombe in den Geschäfts-räumen der jüdischen Sozialistischen Partei („Bund“). Die Zer-störungen sind groß, doch ist durch Zufall niemand verletzt worden. Der Verdacht richtet sich, ähnlich wie bei dem ersten Attentat, gegen Mitglieder nationalistischer Kampfgemeinschaften.

Gewerkschaftsbewegung

Betriebsräte wahlen bei der Reichsbahn.

Am 11. und 12. Mai finden im unbesetzten Gebiet die Betriebsräte wahlen bei der Reichsbahn statt. Der Deutsche Eisenbahnerverband, auf dessen Listen bei den vorjährigen Wahlen 73,25 Proz. aller abgegebenen Stimmen fielen, steht auch diesmal wieder gegen eine Reihe von Gegnern im Wahlkampf. Christen, Hirsch-Dunkerische und Kommunisten benutzen die Wahlbewegung, um Verwirrung und Zersplitterung in die Arbeiterschaft der Reichsbahn zu tragen.

Das ganze Jahr hindurch überlassen die christlichen Gewerkschaften Deutschen Eisenbahner und der Hirsch-Dunkerische Allgemeine Eisenbahnerverband dem DEB die Initiative. Bei allen Bewegungen zur Verbesserung der Lage der Eisenbahner oder zur Abwendung von Anschlägen der Eisenbahnverwaltung, bei allen Verhandlungen mit den Behörden, die auf Grund des gemeinsamen Tarifverhältnisses gemeinschaftlich von den drei Verbänden gepflogen werden, überlassen sie willig die Führung dem Deutschen Eisenbahnerverband. Aber bei den Betriebsräte wahlen wagen sie es, dem DEB, und seinen Betriebsräte allein die Verantwortung dafür zuzuschreiben, daß nicht alle Forderungen der Eisenbahner erfüllt, nicht alle von der Verwaltung angebotenen Verbesserungen abgewehrt werden können. Sie preisen gleichzeitig ein von ihnen ausgefälltes System von paritätischen Betriebsvertretungen an, an denen Verwaltungsvertreter und Arbeitervertreter in gleichen Zahlen und mit gleichen Rechten beteiligt sein sollen.

Zeitig schon damit, daß sie die Harmonie der Interessen zur Geltung bringen, nicht aber Arbeiterinteressen vertreten wollen, so haben sowohl die Christen wie die Vertreter des Gewerkschaftsrings, dem der DEB angeschlossen ist, jüngst noch deutlicher gezeigt, wie sie Arbeiterinteressen mit Füßen treten, als sie im Reichswirtschaftsrat allen Verschlechterungsanträgen der Unternehmer zum Arbeitszeitgesetz zustimmten. Wie überall, so wurde auch hier das Recht der Arbeiter nur durch die freien Gewerkschaften vertreten.

Derselbe DEB und dieselbe christliche OGD, die sich auf ihre Sachlichkeit berufen, verbünden sich zum Zwecke des Stimmenfangs bei den Wahlen mit der R.P.D., die gleichzeitig mit besonderen Listen als Gegnerin des DEB bei den Betriebsräte wahlen erscheint. Alle Argumente, die die Kommunisten gegen den DEB vortragen, werden von den Christen und Hirschen bei ihrer Wahlpropaganda unbesonnen als bare Münze in den Handel gebracht. Die Arbeiter, die noch die Anhänger der R.P.D. bilden, sollen daran erkennen, welchen Zweck ihre Partei in Verbindung mit ihrer Propaganda gegen die Gewerkschaft dient.

Schon im Februar, also lange vor Beginn der Wahlbewegung, hat die Zentrale der R.P.D. an ihre Funktionäre im Lande die Weisung ausgegeben, daß bei den Betriebsräte wahlen der Eisenbahner eigene Listen der „Opposition“ überall dort aufzustellen seien, wo die Aussicht auf Erfolg einigermaßen günstig erscheint. Die Parole ging, wie alle übrigen, unter der Firma des unerschütterlichen Klassenkampfes, aber jetzt in der Wahlbewegung begegnen wir den Herrschaften von ganz links Arm in Arm mit den Reaktionsären. An einigen Orten ist die Verbindung so eng, daß sich beide Richtungen sogar auf der gleichen Liste zusammenschließen. Die Verbindung wird herbeigeführt durch die Reichsgewerkschaft der Eisenbahner und Handwerker (R.H.), einer Organisation höchst unbestimmten Ursprungs und mit sehr beweglicher Bergangenheit. Sie wird jetzt von den Kommunisten als Sammelbecken benutzt für die Personen, die, angetrieben durch die kommunistischen Parolen, als Mitglieder des DEB Disziplinarvergehen begangen haben, die den Ausschluß aus dem DEB, nach sich ziehen mußten. In Reiningen a. B. hat diese R.H. mit dem Hirsch-Dunkerischen A.E.B. zusammen eine gemeinsame Liste eingereicht, deren Kandidaten in der Mehrzahl Anhänger der R.P.D. sind. An anderen Plätzen haben die Kommunisten Listen der Unorganisierten eingereicht, die schon durch diese Bezeichnung für den Austritt aus der Gewerkschaft, für das Richtorganisationspropaganda machen.

Der DEB hat es also mit einem schier unentwirrbaren Knäuel von Gegnern zu tun, die infolge ihrer Bedeutungslosigkeit frei sind von jeder Verantwortung für das Schicksal der Eisenbahnerarbeiterschaft und die sich infolgedessen auch in der demagogischen Hege gegen den eigentlichen Träger der Interessen der Eisenbahner, den DEB, völlig frei fühlen. Dennoch wird es den Eisenbahnern nicht schwer fallen, die Wahl zwischen diesen Bewerber um die Betriebsräteposten zu treffen, denn an dem unbestimmten Charakter und den demagogischen Manieren der Gegner des DEB. vermögen sie leicht zu erkennen, daß sie eine aufrichtige und ehrliche und infolgedessen ihrer Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit erfolgreiche Interessenvertretung nur vom Deutschen Eisenbahnerverband und von den aus seinen Reihen hervorgegangenen Betriebsvertretungen erwarten können. Alle ihre Stimmen werden daher am 11. und 12. Mai den Listen des DEB. gehören.

Genosse Breunig vom Hauptvorstand des DEB. schreibt uns: In dem Artikel „Die Betriebsräte wahlen bei der Reichsbahn“ in Nr. 102 vom 8. Mai beschäufte ich u. a. die „Rote Fahne“

auch mit meiner Person und behauptet, ich hätte „wiederholt öffentlich aufgefodert, bei der Durchführung der Dienstvorschriften keine Schwierigkeiten zu machen“. Es dürfte der „Rote Fahne“ schwer fallen, den Beweis für ihre Behauptung zu erbringen. Der übrigens gefälschte Satz stammt aus einer von den Spitzenorganisationen dem Reichsverkehrsministerium gegenüber abgegebenen Erklärung und lautet richtig: „Falls sich aus der Anwendung der Dienstbauvorschriften Härten oder Auswüchse ergeben, müssen diese in neuen Verhandlungen des Reichsverkehrsministeriums mit den Eisenbahnerverbänden behoben werden.“

Da die „Rote Fahne“ bekanntlich berufsmäßig die Wahrheit verschweigt oder zum mindesten verdrehen muß, braucht sie auch nicht zu wissen, daß ich nicht nur im Plenum des Reichstags, sondern auch auf der vor drei Wochen stattgefundenen Reichskonferenz der Betriebs- und Beamtenräte des Deutschen Eisenbahnerverbandes ausdrücklich festgestellt habe, daß die D.D.B. nicht unserer grundsätzlichen Auffassung vom Achttundentag zustimmen.

Ich die „Rote Fahne“ an dem vom DEB. zur Betriebsräte wahl herausgegebenen Referentenmaterial keine besondere Freude empfindet, kann man ihr durchaus nachfühlen, wenn man weiß, daß darin noch dem offiziellen Organ der roten Gewerkschaften „Trud“ vom 5. Oktober 1921 (Nr. 179) festgelegt wird, daß in Rußland — sogar in den Staatsbetrieben — der Achttundentag der Vergangenheit angehört.

Achtung, Eisenbahner!

Am 11. und 12. Mai stimmt bei der Betriebsräte wahl jeder Klassenbewußte Eisenbahner für die Liste Deutscher Eisenbahner-Verband.

„Erziehungsbeihilfen“ für Lehrlinge.

Der Kampf, den die Gewerkschaften für eine menschenwürdige, den Verhältnissen angepaßte Entlohnung der Lehrlinge führen, ist bekannt. Abgesehen von seiner durchaus notwendigen materiellen Seite, ist er ein Teil des großen Ringens um das neue Belehrlingsrecht, das wiederum aus dem neuen Arbeitsrecht loszulösen unmöglich ist. Gerade in Berlin war bei dem Widerstreben und sozialen Unverständnis der Innungen, die sich in ihren Erziehungsrechten geschmälert glaubten, der Kampf besonders zäh und erbittert.

Dem immerwährenden Ansturm der Gewerkschaften und dem Resonanzboden, den unsere Argumente in der Öffentlichkeit fanden, scheint nunmehr selbst die Handwerkskammer nachzugeben. In einer Bekanntmachung vom 14. April d. J. an die ihr angeschlossenen Innungen und Berufsvereinigungen schreibt sie folgendes:

Auf Grund des Beschlusses der Vollversammlung der Handwerkskammer vom 11. April 1923 wird zum Zwecke besserer Anpassung an die Gebührentwertung für die den Lehrlingen bzw. deren gesetzlichen Vertretern zu zahlenden Erziehungsbeihilfen folgendes bestimmt:

1. Soweit nicht Kost und Wohnung von dem Lehrherrn (der Lehrherrin) gewährt werden, sind im ersten Lehrjahre als wöchentliche Erziehungsbeihilfe (auch „Kostgeld, Belehrlingsentschädigung“ u. a. benannt) mindestens soviele zu zahlen, wie der in dem betreffenden Handwerk übliche Gesellenstundenslohn ausmacht, im zweiten Lehrjahre der doppelte, im dritten Lehrjahre der dreifache und im vierten Lehrjahre der vierfache Betrag.

2. Die Feststellung des ortsüblichen Gesellenstundenslohnes obliegt der für den Bezirk zuständigen Innung oder Berufsvereinigung; in Zweifelsfällen entscheidet der Vorstand der Handwerkskammer.

3. Vereinbarungen der nachträglichen Parteien über Richtanwendung der Mindestsätze (in Ausnahmefällen) unterliegen der Genehmigung der Handwerkskammer.

4. Erziehungsbeihilfen in den bestehenden Lehrverträgen, die die Höhe der Mindestsätze nicht erreichen und für die ein Ausnahmefall als vorliegend nicht bestätigt wird, sind als ungemessen zu bezeichnen.

Sämtliche Innungen und Berufsvereinigungen des Kammerbezirks werden hiermit angewiesen, diese Mindestsätze ihren Mitgliedern zur Pflicht zu machen und keine Lehrverträge anzunehmen, die vorstehenden Bedingungen nicht entsprechen.

Streitigkeiten über die Anwendung der Mindestsätze auf die bestehenden Verträge werden von den Schiedsgerichten der Innungen der Handwerkskammer entschieden.

Eine „Erziehungsbeihilfe“ in der Höhe eines Stundenlohnes im ersten, von vier Stundenlohn im vierten Lehrjahre ist ein Spottgeld, das nicht ernst zu nehmen ist. Hätte es etwa 1914 jemand gewagt, einen Stundenlohn, also etwa 60 Pf., pro Woche als Kostgeld zu zahlen? Und an ihrem Realwert gemessen, sind heute die Stundenlöhne erheblich niedriger als 1914.

Glück, wie auch vor allem die Betriebsräte haben die Pflicht, darauf zu achten, daß nunmehr die niedergelegten Sätze, so ungenügend sie auch sind, auch wirklich gezahlt werden. Die nächste Aufgabe der Handwerkskammer muß sein, die widerstrebenden Innungen anzuweisen, Ferien zu gewähren. Ueber die Notwendigkeit der Ferien für Lehrlinge und Jugendliche

braucht die Handwerkskammer hoffentlich keine Belehrung. Sie tut not, denn der Sommer beginnt und Ferientage sind Sommertage. Die Handwerkskammer tut so, als ob sie täte. Die Gewerkschaften werden es an dem nötigen Druck nicht fehlen lassen, um aus diesem Schein eines Erziehungsbeitrages eine Wirklichkeit zu machen.

Differenz in der Reichsbahndirektion.

Die Reichsbahndirektion Berlin veröffentlicht eine Ermüdung auf die von uns veröffentlichte Darstellung des Bezirksbetriebsrats. Diese Ermüdung bestätigt die vom Bezirksbetriebsrat veröffentlichte Darstellung. Denn heißt es aber:

„Der Präsident sicherte die Rückziehung des polizeilichen Schutzes zu, falls der Bezirksbetriebsrat erklärte, er sei zur Übernahme dieser Gewähr nur dann in der Lage, wenn nicht nur der polizeiliche Schutz zurückgezogen, sondern auch die Anordnung des Lohnabzuges aufgehoben würde. Da die Lohnzahlung für nicht geleistete Arbeit nicht angeordnet werden konnte, mußte der polizeiliche Schutz zunächst beibehalten werden.“

Wir nehmen an, daß es sich hier um ein Versehen bei der Ausarbeitung der im übrigen belanglosen Erklärung handelt. Denn diese Sätze heben einander auf und legen dem Reichsbahnpräsidenten Worte in den Mund, die er wahrscheinlich nicht gebraucht hat. Zum Schluß heißt es dann:

„Nachdem später der Bezirksbetriebsrat die Verantwortung dafür übernommen hat, daß ein Eindringen in die Geldschatzkammer der Reichsbahndirektion sich nicht wiederholen werde, hat der Präsident die sofortige Zurückziehung des polizeilichen Schutzes veranlaßt.“

Damit wäre also der Zwischenfall erledigt. Nicht erledigt aber sind die Ursachen, die zu den Vorfällen geführt haben: die Wirtschafts- und Lohnpolitik der Reichsregierung, die für alle Arbeitnehmer ganz unerträgliche Zustände geschaffen haben.

Lohnbewegung in der Berliner Metallindustrie.

Durch die am 7. Mai erfolgte Urabstimmung ist die notwendige Mehrheit für den Streik erreicht worden. Der am 2. Mai gefällte Entschluß gilt daher als angenommen. Damit treten ab 30. April die erhöhten Lohnsätze in Kraft. Die Tarife sind ab Freitag, den 11. Mai, ab 3 Uhr in der Rät. Zupig, Verbandskanzlei des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, in Empfang zu nehmen. Das Metallkartell. J. A.: Ulrich.

Neue Bauarbeiterlöhne.

Das Lohnabkommen im Berliner Hoch-, Beton- und Tiefbau wurde tief bekanntlich bis zum 9. Mai. Am gleichen Tage wurde mit der Tariffeststellungscommission verhandelt. Die Parteien einigten sich vorbehaltlich der Zustimmung ihrer Mitgliederversammlung dahin, daß der Lohn der Facharbeiter für die Zeit vom 11. bis 30. Mai einschließlich 1900 M. betragen soll. Für die übrigen Gruppen nach Maßgabe der bisherigen Lohnabstände. Die Vertretung der Bauarbeiter betrug für die Facharbeiter 10 M. Die Entscheidung über dieses Abkommen findet am Sonntag in der Zeit von 10 bis 12 Uhr vormittags in den bekannten Abstimmungslokalen statt. Wir erziehen unsere Mitglieder, sich rege daran zu beteiligen.

DEB. Eisenbahner! Laut Notiz des „Bormärts“ in der Sonntagsnummer wird auch bekannt sein, daß sämtliche Betriebsraträte ein wichtiges Material vom Betriebsratrat beim Genossen Holz, Lindenstraße 3, von 9-5 Uhr abholen haben. Wir erziehen euch dringend, falls dies noch nicht geschehen ist, dem auf dem schnellsten Wege nachzukommen. Bei dieser Gelegenheit möchten wir gleich darauf hinweisen, in Zukunft besser die Presse zu beachten.

Deutscher Gewerkschaftsbund, Berlin 11, Heber-Industrie, Freitag nachmittags 14 Uhr Mitgliederversammlung im „Atrium“. Wichtiges Tagesprogramm. Vortrag des Bundesgeschäftsführers Genossen Buchheit. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Verband der Gewerks- und Staatsarbeiter, Illische Str. Berlin, Sonntag 7. Mai und Freitag. Freitag abend 6 1/2 Uhr bei Boetzer, Eberstraße 17, Delegiertenversammlung.

Achtung, Zimmerer! Am Sonnabend oder Sonntag müssen in allen Bezirken Verhandlungen abgeschlossen werden, in Bezug zu den beigefügten Verhandlungen und zu der am 7. Mai stattgefundenen Verhandlung über den Ortsrat unter dem Vorsitz des Herrn Oberbürgermeisters. Die Sitzung ankommen werden soll. Als drittes legt zur Beratung der Antrag vom Bezirk 12 kommen werden soll. Als drittes legt zur Beratung der Antrag vom Bezirk 12 kommen werden soll. Als drittes legt zur Beratung der Antrag vom Bezirk 12 kommen werden soll. Als drittes legt zur Beratung der Antrag vom Bezirk 12 kommen werden soll.

Verantwortlich für den Text: **Walter Schill, Berlin**; für Anzeigen: **H. Gies, Berlin**. Verlag Bormärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bormärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Preis: 10 Pf. pro Blatt. Einband: 10 Pf. pro Blatt.

Ankauf Spez. große Objekte und ganze Nachlässe **A. Grünberg** Potsdamer Str. 53, am Backhof/Bühlwitz

Besonders günstige Angebote!

Schlüpfer aus hellmiliertem Homespun Mk. 40 000	Jackett-Anzüge aus halbtönen Stoffen, in mittleren und dunklen Farben, nur in einzelnen Größen, soweit Vorrat Mk. 48 000	Herrn-Hosen aus halbtönen Kammergarnstr. Stoffen 18 000, 15 000, 12 000
Schlüpfer aus sehr guten Stoffen, soweit Vorrat von Mk. 90 000	Jackett-Anzüge aus farbig gemusterten und blauen Stoffen, in sehr guter Verarbeitung von Mk. 100 000	Herrn-Hosen aus gestreiften Kammergarnstoffen besserer Qualität bis zu den besten Maßstoffen von Mk. 22 000
Ulster modern verarbeitet, mit Rückenhalten u. Gürt, aus guten u. besten Stoffen von 135 000	Jackett-Anzüge aus prima blauen Kammergarnstoff in bester Verarbeitung, außergewöhnlich billig! Mk. 180 000	Sport-Hosen a. Homespunstoffen v. Mk. 25 000 an aus Manchester von Mk. 30 000 an
Paletots aus marengo Cheviot soweit Vorrat von Mk. 48 000	Jackett-Anzüge Ersatz für Maß; aus erstklassigen hellen und dunklen Stoffen in moderater Verarbeitung von Mk. 225 000	Jünglings-Anzüge Gr. 36-44, Jackett- und Sportform, in allen Qual. u. Farbestell., Waschanzüge von Mk. 45 000
Paletots s. gt. marengo u. schw. Cheviot und leichtbl. Stoffen, l. bel. Verarb. v. Mk. 148 000	Sport-Anzüge aus festem Cord in vielen Farben. Sehr preiswert! Mk. 98 000	Burschen-Anzüge Gr. 7-12, in Sport- und Jackettform, a. guten Stoff, jeglicher Art, Waschanzüge v. Mk. 30 000 an
Covercoat-Paletots in Sport-, Rockform aus einfarbig bis zu den eleganten Maßstoffen, in bester Verarbeitung von Mk. 170 000	Sport-Anzüge mit Brecheskorte aus Homespun, Loden und anderen Stoffen in bester Verarbeitung von Mk. 135 000	Knaben-Waschanzüge in allen Fassons und Prelagen, Größe I beginnend mit Mk. 15 000
Lodenmäntel für Herren, aus weiterem Strichloden, in modernen Farben und Fassons von Mk. 45 000	Sport-Anzüge mit Lederbesatz in modernster Verarbeitung, aus besten Homespunstoffen von Mk. 225 000	Knaben-Schlüpfer u. -Pyjaks in vielen geschmackvollen Fassons und Farbestellungen, Gr. I von Mk. 28 000 an
Loden-Polerinen aus oliv u. grünem Strichloden v. Mk. 30 000	Ruder-Jacketts aus gutem blauem Cheviot Mk. 85 000	Herrn-Filzhüte in modernen Farben und Formen Mk. 4 900
Gummimäntel s. guten Stoffen, in bester Gummierung von Mk. 85 000	Tennis-Hosen s. weißem Körperstoff von Mk. 23 000 an aus prima Woll-Cheviot, weiß u. gestreift v. Mk. 70 000 an	Herrn-Oberhemden Sportfasson aus gestreift, vorzügl. Stoff mit 1 Kragen Mk. 16 500
Gabardinemäntel Wolle, in Schilpfer- und Biedermeierform von Mk. 200 000	Leder-Mäntel und -Anzüge fertig und nach Maß!	
Cutaways und Westen aus guten marengo u. schwarzen Stoffen von Mk. 52 000		

Kellner-Anzüge in neuester, vorgeschriebener Form, aus prima Tuchkammergarn, in bester Verarbeitung, fertig und nach Maß.

Eigene Betriebs-Werkstätten **BAER SOHN** Akt.-Ges. **Maßbestellung in bester Ausführung**

Berlin nur Chausseestraße 29-30

Beschwerden	Das unzufriedene Berlin	Vorschläge
-------------	--------------------------------	------------

Die „komische Seite“ der Umsatzsteuer.

Jeder Einsichtige wird der Bestimmung, daß die Umsatzsteuer in vier Raten, jedesmal nach Ablauf eines Kalendermonats, gezahlt werden soll, seine Zustimmung nicht verweigern. Die Behörde versendet sehr vernünftigerweise an die Umsatzsteuerpflichtigen vier Zahlkarten, auf denen jeder in einer „Voranmeldung“ (wie es behördlich genannt wird) der Gesamtbetrag der im vergangenen Kalendermonatsjahr vereinnahmten Entgelte anzuführen ist. Nach den Befehlen der Logik, des gesunden Menschenverstandes und des Sprachgebrauches wird man sagen dürfen, daß das Wort „Vorstellung“ eine unglückliche Bildung ist, denn wenn „die Gesamtheit der betreffenden Entgelte“ angegeben wird, kann in einer „Vorstellung“ die doch durch das „Vor“ in „Vorstellung“ bedingt wäre) nicht die Rede sein. Doch halt — lesen wir die behördlichen „Bemerkungen“ weiter. Da heißt es: „Die Steuererklärung wird durch die Voranmeldungen nicht ersetzt.“ Also muß man eine Umsatzsteuererklärung nach Jahresfrist abgeben. Die kann doch nur die Summe der vier „Vorstellungen“ Beträge sein, denn wenn ich viermal alles angegeben habe, kann ich doch zum fünften Male nichts anderes hinschreiben. Aber nochmals halt! Vor obigem Satz steht in den „Bemerkungen“ das Folgende: „Die Vorauszahlungen werden auf die zu verlangende Steuer verrechnet.“ Was heißt das: „zu verlangende Steuer“? Was ist da zu veranlagend, wenn alles bereits offenbart ist? Ist das nicht Papier-, Druck-, Porto- und Arbeitsverschwendung? Oder — und dieser Gedanke drängt sich unwillkürlich auf: Die Behörde hält jeden Steuerpflichtigen für einen Menschen, der ihr gegenüber nicht die Wahrheit sagt: sie nimmt die fünfte Anmeldung (Summe der vier Voranmeldungen) entgegen und dekretiert ihre „Veranlagung“. Man wird eine solche Steuerart komisch finden dürfen, da sie Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit über einen Kamm schert. Mittel gegen Steuerhinterziehung gibt es doch wohl genug, um von einer solchen „Veranlagung“ abzulehnen, was zweifellos eine Ersparnis an Material und Arbeit mit sich bringen würde.

Schildbürgerstreiche.

Segensreich wirkt im Berliner Magistrat die erfreuliche Tendenz zur Zentralisation und „Vereinfachung“ des personellen und technischen Apparates. So gibt es z. B. einen vorzüglich geleiteten städtischen Fuhrpark. Der ist so gut, daß er der Meinung ist, er muß alle Fuhrwerke, die irgendwo mit der Stadt zu tun haben, in seinen Bereich bringen. Ganz besonders hat er es auf die Autos der städtischen Werke abgesehen. Wozu brauchen auch solche kleinen Krämerläden wie unsere Gas- und Elektrizitätswerte eigene Autos? Damit fahren die Direktoren doch nur zu Privat- und zu geschäftlichen Besuchen. Deshalb beschloß sich auch unser hochwohlwollender Magistrat in einer seiner Sitzungen unter Punkt 99 mit der Tagesordnung dieser wichtigen Frage, und er tat wohl daran. Denn so ein zentraler Fuhrpark muß natürlich jede Kleinigkeit erledigen. Die Werkdeputation ist selbstverständlich für solche grundlegenden Fragen absolut nicht kompetent. Wie wir hören, hat der Krieg zwischen Fuhrpark und Betriebsdirektionen um die Autos auch schon zu regelrechten Disziplinardisziplinarverfahren gegen die widerspenstigen Direktoren geführt, die die ganz unverständliche Meinung vertreten, sie könnten ihr Amt nicht ausführen, ohne in ihrem Geschäftsbereich selbst über ein Auto zu verfügen. O heiliger Bureaucratismus, wann wirst du lernen, wirtschaftlich zu denken und zu handeln?

Jugendliche Defraudanten.

In neuerer Zeit häufen sich die Fälle von Veruntreuungen von Geldbeträgen, die in die Millionen gehen, und einen erheblichen Anteil hieran haben die Jugendlichen. Abgesehen davon, daß es schon eine Fahrlässigkeit und Verjudung seitens derjenigen bedeutet, die einem jungen Menschen so große Geldbeträge anvertrauen, würde es meines Erachtens auch viel zur Eindämmung solcher Verurtheile beitragen, wenn jedermann wüßte, daß er mit dem unrechtmäßig sich angeeignetem Geld nicht viel anfangen könnte. Der Traum aller jugendlichen Defraudanten ist doch der, den Lebermann zu spielen. Hier kommt also ein ziemlich eng begrenzter Geschäftskreis in Frage, bei dem das gestohlene Geld verjubelt wird, nämlich

Schlammertiefen, Bars, Weinlokale und Tanzlokale erster Güte. Die Inhaber solcher Lokale merken unbedingt, wenn sie einen Gast haben, bei dem Geld überhaupt keine Rolle spielt. Ist es dann ebendiesem noch ein junger, manchmal allzu junger Mensch, der in Frage kommt, so liegt doch der Verdacht, daß etwas nicht stimmt, klar auf der Hand. Hier wäre es nun Pflicht, einzuschreiten und sich den noblen Gast etwas näher anzusehen. Oft genug geschieht das auch und man sieht, daß jemand, der sich durch auffälliges Geldausgeben bemerkbar gemacht hat, festgesetzt wurde. Leider aber werden wohl in den meisten Fällen mehr als beide Augen zugedrückt, um den guten Gast nicht zu verstoßen. Typisch ist das neueste Beispiel des 17-jährigen Max. In etwa drei Monaten 40 Millionen verjubelt und nirgends aufgelesen? Das glaubt doch kein Mensch. Eigenartigerweise ist er aber in demselben Augenblick verdächtigt worden, da er nicht mehr bezahlen konnte, weil er sich nicht getraue, eine 1000-Dollar-Rote zu wechseln. Ich verpöche mir sicherlich nicht alles Heil von der Polizei, aber in solchen Fällen wäre es doch unbedingt Pflicht des Gerichts, festzustellen, wo ein Millionendefraudant sein Geld gelassen hat, und dann derartigen Lokalinhabern etwas näher auf die Finger zu legen und sie auf Herz und Nieren zu prüfen. Wenn es nicht so furchtbar leicht wäre, das Geld loszuwerden, dann würden sich diese Fälle auch nicht so häufen.

Technischen Anschauungsunterricht

erteilt die „Nord-Südbahn“ freundlicherweise ohne jede Bezahlung dem daran interessierten Berliner Publikum am halleischen Tor seit Monaten. Wenn jemand nicht wissen sollte, wie z. B. ein Bahnhofsseingang gebaut wird, dann gehe er zum halleischen Tor. Möglicherweise jeden Tag, namentlich wenn die Luft schon trocken ist und ein frischer Wind Kiefernlaubwirbel über den Belle-Alliance-Platz tanzen läßt. Jeden Tag wird ein neuer Handgriff vorgeführt, ungefähr so, wie im Film verlangte Zeitaufnahmen höchst instruktiv jede Bewegung in ihre einzelnen Teile zerlegen. Ein Kandelaber z. B. umgeben von einer Stein- und Sandwüste, ragt nun schon seit Wochen gen Himmel und jeden Morgen und jeden Mittag zählen wir die Steine, wie sie hin- und hergerückt wurden. Skeptiker behaupten, das gelte nur, damit die Arbeit nicht alle wird. Andere wieder meinen, das gelte, damit das verwöhnte Berliner Publikum auch Staub kennen lernt und ganz Gläubige versichern uns, daß wir davon einfach nichts verstehen. Das gelte nun einmal zum Behen der Arbeit an der Nord-Südbahn, daß sie Monate und Jahre dauern muß. Liebe Nord-Südbahn, du bist sehr populär, du würdest noch populärer sein, wenn du endlich deine schönen Sandhaufen beseitigen würdest.

Ordnung muß sein!

Von einem Leser wird uns geschrieben: Im Boske geht die Sage, daß es unsere Finanzverwaltung nicht so eilig habe mit der Einziehung der Steuern, und daß manche Leute aus diesem Grunde oft ein gutes Geschäft machen. Ich war auch einmal dieser Ansicht, bin aber jetzt gründlich belehrt worden. Im Steuerjahr 1921 hatte ich für 22,50 M. zu wenig Steuern gezahlt. Dafür bekam ich eine sicher nicht billige Aufforderung — mit Replikation — geschickt, den Rest an das Finanzamt einzulösen. Aus irgendeinem Grunde wurde die Zahlung vergessen, was keineswegs entschuldigt werden soll. Dieser Tage nun klopfte es an die Wohnungstür, meine Frau öffnete und darf zwei Beamte des Finanzamtes begrüßen, die ihr — ohne daß ich vorher gemahnt wurde — einen Pfändungsbefehl wegen der mit den Gebühren auf 47 M. (in Worten: Siebenundvierzig Mark) lautenden Schuldsumme unter die Nase hierten. Nun war guter Rat teuer. Eine unbemagte, volle Streichholzschachtel beschloß meine Frau leider nicht, die letzten billigen Zigaretten hatte ich gerade verbraucht, so daß sie also wirklich nicht wußte, was sie verpfänden sollte. Also zahlte sie und erhielt dafür eine sauberlich ausgefertigte Quittung. Anstatt bei der nächsten Steuerberechnung diese Summe einzulösen, werden nach vorläufigen Schätzungen 5000 M. ausgemessen, um ganze 47 M. einzutreiben. Und da behaupten diese Menschen, die Finanzverwaltung treibe nicht schnell genug die Steuern ein. Im Gegenteil, sie scheut keine Kosten, um die letzten Pfennige einzutreiben, die wir Lohn- und Gehaltsempfänger schulden. Ist es da ein Wunder, wenn keine Zeit bleibt, die Steuermogeleien der Großverdiener aufzudecken? E.

Himmelfahrts-Naturgenuß.

Himmelfahrt ist von altersher der Tag der sogenannten Herrenpartien. Der Wettergott mag Launen haben, wie er will, er mag Sonnenschein oder Regen anordnen, die Herrenpartien werden dadurch nicht beeinflusst. Des Morgens früh sieht man die Teilnehmer zum Bahnhof pilgern. Meist unterscheiden sie sich schon durch ihre Kleidung und durch ihr Gebaren von denen, die nicht an einer Herrenpartie teilnehmen.

Die Grundstimmung einer jeden Herrenpartie soll der „Mit“ sein. Und so versucht nun jeder Teilnehmer mehr oder weniger gut, utzig zu sein. Die einen glauben dies durch die Eigentümlichkeit ihrer Kopfbedeckungen zu erreichen, die andern, indem sie sich falligen Käsen ins Gesicht stellen, wieder andere durch rote oder grüne Sonnen- oder Regenschirme. Die Hauptsache ist aber, daß auch jeder Unbeteiligte erfährt, mit wem er die Ehre habe, wenn er einer solchen Gesellschaft begegnet. Eine Vereinstafel muß sein: an einem Stod eine Papptafel, die vorn getragen wird, und auf der der Name und der „Zweck“ des Vereins steht. Als da ist: Gesang, Musik, Rauchen, Kegeln, Skat, Lotterie und vieles andere mehr dient dazu, die Mitglieder zu einem Verein zusammenzuschließen. Am Himmelfahrtstage kommen sie alle zum Vorschein. Während des übrigen Jahres tagen sie meist in den Hinterzimmern kleiner Gastwirtschaften, die Welt außer ihnen ohnt nichts von ihrem Vorhandensein. Aber heute ist der Tag, an dem sie sich zeigen, heute veranstalten sie ihre Herrenpartie. Ein unzertrennlicher Begleiter jeder Herrenpartie ist der Alkohol. Ein jeder Teilnehmer setzt seine Ehre daran, eine möglichst umfangreiche Flasche, gefüllt mit diesem Feuergeist, bei sich zu haben. Und auch in den Wirtschaften, in die die Vereine einfallen, sobald sie draußen angelangt sind, geht eine gründliche Verteilung alkoholischer Getränke vor sich. Bald und bald hält und schallt wider von der feucht-fröhlichen Stimmung, die die Herrenpartierer ausstrahlen.

Vielleicht geht es in diesem Jahre leiser zu, etwas weniger utzig, denn die Preise haben eine schwindelhafte Höhe erreicht. Vielleicht ist auch die Einsicht bei vielen, die sonst eine Herrenpartie mitmachen, gekommen, daß es doch eigentlich schöner sei und einen viel höheren Genuß biete, wenn man mit klarem Geist, mit offenen Sinnen durch das Land wandert. Und so mag es denn kommen, daß die Herrenpartien nach und nach einschlafen, wie so manche andere Sitte oder Unsitte es schon längst getan hat. Schade wäre es nicht darum.

Deutschvölkische Rowdies.

Sie wollten noch einige Juden verprügeln.

Eine nahe an Landfriedensbruch grenzende Ausschreitung führte eine Reihe halbwegsiger Hakenkreuzler vor die 2. Strafkammer des Landgerichts III unter der Anklage der gemeinschaftlichen schweren Körperverletzung und Beleidigung. Die Verhandlung entrollte ein Bild von der völlig demoralisierten Geistesverfassung, die in den Kreisen der Hakenkreuzler um sich gegriffen hat. Angeklagt waren der Friseurlehrling Erich Kallweit, der stellvertretende Bankangestellte Erwin Wolff, der Kaufmannslehrling Wilhelm Meyer, der Kaufmannsangehörte Alfred Feder, der Bankangestellte Erich Neubaum, der Bankangestellte Max Paulsch und der kaufmännische Angestellte Ernst Overmann. Sämtliche Angeklagte, von denen ein Teil noch unter 18 Jahren ist, sind Mitglieder des „Deutschvölkischen Jugendbundes „Bismarck“, Wilmersdorfer Ortsgruppe Ruprecht v. Bayern.

Am 21. Februar dieses Jahres hielt die Ortsgruppe einen Vereinsabend in den „Biktoria-Sälen“ an der Wilhelmstraße ab, an dem auch zahlreiche Damen teilnahmen und in der der Abschied eines Studenten bei Bier und Gesang gefeiert wurde. Am Schluß der Sitzung wurde angeregt, auf dem Heimwege noch einige Juden zu verprügeln. Der erste Vorschlagende Overmann und der zweite Vorschlagende Paulsch forderten die Mitglieder auf, sich auf der Straße vor dem Lokal zu versammeln. Man zog in einem Trupp von 15 bis 20 Mann die Umlandstraße entlang und verprügelte tatsächlich nacheinander mehrere Passanten in der gemeinsten Weise. Dabei schrien die Bengels: „haut doch die alten Judenlummels“, „Judenbengel, Du Judensau, Du bist nicht wert, daß man Dich anprußt, mit Dir werden wir Schritten fahren.“

2] Heimweh.

Eine Geschichte der Sehnsucht von John W. Anlander.

Einige Male hatte der Steuermann angefangen, über den Darm zu schelten, schließlich aber getan, als höre er nichts. Und nun war die Fröhlichkeit allmählich verstummt. Die meisten lagen schon auf der Großfluke oder dem Schaudeckel ausgestreckt, schnarchten vielleicht schon behaglich. Sullivan aber sah immer noch mit seinem Banjo und sang halblaut für sich hin, wie er es gern tat. Nur einzelne schwache, fast weiche und wohlklingende Knipstöne begleiteten noch den Gesang:

Come back to Erin, Mavourneen, Mavourneen!
Come back aroon to the land of thy birth.
Come with the springtime and shamrocks, Mavourneen,
And its Killarny shall ring with our mirth!

Er sang einen Vers nach dem anderen, beständig von diesem geliebten, zertretenen Erin dort in der Ferne und beständig von Mavourneen, seines Herzens treuem Liebling. Die Stimme wurde immer wärmer, und das lärmende Banjo, das eben noch schnarrte und gleichsam hohnlachte zu den Gemeinheiten der Goffenhauer, schien jetzt zu schluchzen.

Sullivan, Patrick O'Sullivan, du Kaufbock, Streithammel, Trunkenbold, du unverbesserlicher Spötter, du, der sich weder vor Gott noch vor dem Teufel fürchtet, du, der Jahr für Jahr, so lange, daß du sie nicht mehr zählen kannst, um die Welt herumgeworfen wurdest, immer mit struppigem Haar, zerlumpten Kleidern, schwarzen Händen und mit Armen, Beinarm und Schultern, die beständig zu schlängeln und zu schlankern scheinen, in seltsamem Trotz gegen alles, was led und frei und stolz bei einem Manne sein kann! Du, der niemals einen neuen Anzug auch nur eine Woche lang an Land haben kann, ohne ihn zu verlegen und wieder in deinen elenden Lumpen in den Häfen von Calao oder Balparaiso, von Frisco, Hongkong, Melbourne oder New York, oder wo du sonst gestrandet bist, umherzuwackeln. Du bist ärmer als die Aermsten. Und doch trägst du im tiefsten Herzensgrund diesen großen Reichtum, den größten von allen Schätzen der Erde, diese heilige Sehnsucht nach deiner fernem, grünen Insel und die Erinnerung an deine Jugendgeliebte mit den treuen Augen.

Welcher ist nun eigentlich der wirklich Patrick O'Sullivan? Der mit den schlägertigen Häuften an den schlendernden Armen und mit dem Kopfe voll von aller Niedrigkeit und Gemeinheit der Welt, oder er, der hier unter den fremden Sternen sitzt

und von seiner Heimat und Liebe singt, so daß selbst das elende Banjo zum Weinen gezwungen wird?

Der Gesang war verstummt. In der tiefen Stille hörte ich, wie die Saiten noch ein paarmal berührt wurden, als Sullivan nach dem Nagel suchte. Dann war vorn alles ruhig. Das Wasser rieselte schläfrig an der Schiffswand herunter in See. Die Flaggenteile, die von der Gaffelnoth quer über den Mast bis an die Regelbank am Mast gingen, klapperte gegen das Segel. Kaum ein Knirschen vom Rigg oder ein Zittern der gefüllten Segel.

Plötzlich ertönte lautwärts weithin ein seltsamer Klageruf, wie von einem Menschen in Not.

„Der Seelöwe“, sagte der Schiffer und leerte sein Glas. „Ja, der Seelöwe, Sir“, antwortete der Steuermann und tat wieder einen seiner tiefen, langen Züge.

Dann war alles still wie zuvor. Sullivans Gesang mußte wohl eine oder die andere Saite im Herzen des Schiffers berührt haben. „Man spricht so viel von Heimat und Heimweh“, begann er endlich, indem er sich ein neues Glas bereite. „Ich weiß nicht, was man dazu sagen soll.“

„Rein, das ist wohl so“, sagte der Steuermann und ergriff die Flasche. „Ich habe auch immer gedacht, daß man endlich einmal auflegen könnte.“ fuhr der Schiffer fort, „die ganze Fahrerei zum Teufel sein lassen und wie ein Mensch leben. Sie wissen, Nova Scotia und besonders Sabre Island ist ein herrliches, ist das beste Land, das ich kenne. Solche Wälder und Felder. Und das Wasser fischreich. Auch Jagd. Prächtige Häuser. Man könnte sich einen Hof mit allem, was dazu gehört, kaufen. Warm und behaglich an Winterabenden mit ein paar guten Freunden, einem Gläschen und irgendeiner Partie.“ — „Ja, den einen zieht es hierhin, den anderen dorthin“, versuchte der Steuermann. „In Oregon —“

Aber der Schiffer ließ sich nicht stören. Immer offener wurde er. „Vielleicht könnte man sich dann auf seine alten Tage noch binden und das Junggesellenleben aufgeben. Eine vernünftige Witwe oder etwas Ähnliches, etwas Gelegtes. Die Damen in Nova Scotia sind über alles Lob erhaben, einfach unergreiflich. Häuslich und arbeitsam, und nie haben sie dumme Streiche im Kopfe.“

„Ich habe zuweilen an einen Ort in Oregon gedacht“, versuchte der Steuermann wieder.

„Aber es ist schwer, sich loszureißen“, fuhr der Schiffer fort, ohne auf ihn zu hören. „Immer macht man noch eine

Reise und dann noch eine. Der Krug geht so lange zum Brunnen, bis er zerbricht. Dann liegen die Scherben da.“

Ja, aber brichst du einmal, dachte ich, da ist es sicher von stärkeren Sachen als von Wasser bei einer solchen Trinkerei Abend für Abend! Ist es Gegenwind, so muß es ein Grog sein, um ihn zu drehen. Ist es guter Wind, ein Grog, damit er sich hält; ein Grog für Stille und einer bei Unwetter, und gibt es gar keinen Anlaß, da wird Königs Geburtstag oder sonst etwas hergeseucht. Zum dritten Male schon kam Bong Lee mit tosendem Wasser herauf. Das brachte vielleicht den Schiffer auf den Gedanken an den Krug.

Nun trinken sie so lange, bis es mit Zank endet. Entweder handelt es sich um den Rekord von Melbourne nach San Francisco oder um das lärmste Kegel und die größte Tiefe, oder auch um gar nichts; aber Zank gibt es immer, wenn nicht der Schiffer vorher einschläft.

Dann kommt Bong Lee lautlos wie ein Schatten mit einer Decke, die er geschickt um den Schiffer legt, und im Vorübergehen rettet er vielleicht noch eine oder die andere Flasche.

Für den Steuermann wird es eine einsame Wache; aber er schläft nicht. Er pflegt regungslos über der Kelling zu hängen; doch bei dem leisesten Klappen eines Segels ist er sofort am Kompaß, und wenn es nötig ist, so müssen auch die Brassen gerührt werden. Oft geht er achtersaus und bringt alles selbst in Ordnung, legt ein Schott oder ein Tau ein. Im Grunde ist er gutmütig, zuweilen etwas laut; aber niemals flucht oder schreit er. Schon seit ich an Bord kam ist mir dieses Schlaffe, Langsame, zuweilen beinahe Freundliche aufgefallen, das in so starkem Gegensatz steht zu dem, das man sonst an Bord eines Amerikaners kennt. Vielleicht liegt es in der Luft hier, etwas von den reichen, sorglosen Inseln wird von den ewig lauen Winden über die ganze Südsee getragen!

„Aber zutrieben ist man doch nicht“, fuhr der Schiffer nach einer Weile fort. „Dann denkt man an die früheren Zeiten, als man noch jung war und tausend Streiche im Kopfe hatte und den zuvorkommenden Cavalier spielte. Man schrieb Briefe, sah in der Fremdwache auf und putzte Haifischkiefeln rein, oder man brachte kunstvoll ein Schiff in eine Flasche, um es daheim dem einen oder anderen mitzubringen.“

„Diese hier wäre gerade die rechte Sorte dafür“, sagte der Steuermann und hob eine der Flaschen auf, „weiter Hals und nicht zu hoch.“ Er goß etwas in sein Glas, da er die Flasche nun einmal in der Hand hatte, und rührte bedächtig um.

(Fortsetzung folgt.)

Am Untergrundbahnhof Hohenzollerndamm stieß der Trupp auf den Kaufmann Beese und dessen Ehefrau. Sie wurden mit dem Aufschrei: „Da ist wieder so ein richtiger vollgepflegter Jude. Schlagt ihn tot.“ Wolff schlug ihm mit der Fahnenkante auf den Kopf und als Beese sich mit dem Spazierstock zur Wehr setzte, wurde gerufen: „Schlagt ihm die Gläser in die Augen, damit er nicht sehen kann.“ Das geschah dann auch. Rasch zog einen Dolch und wollte mit demselben auf Beese losgehen. Als die Ehefrau dazwischen sprang, erhielt sie einen Schlag mit dem Dolch über den Rücken. Mit Stößen, Fäusten und Gummiknüppeln wurde das Ehepaar bearbeitet. Es soll dabei auch gerufen worden sein: „Schlagt ihm eine blaue Bohne in den Hintern.“ Das Ehepaar Beese hat ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen müssen, und Frau Beese hat mehrere Tage an einem Krankenbett zu Bett liegen müssen. Erst jetzt konnten die Kaufleute festgesetzt werden. Wolff wurde als Anführer in Haft genommen. Die Untersuchung ging zunächst auf Landfriedensbruch. Auf dem Gerichtstisch lagen die Fahnenkante, ein Gummiknüppel und mehrere Dolche. Die Angeklagten bestritten, daß eine Verabredung erfolgt sei, sie wollten nur vereinbart haben, sich gegen Angriffe von Juden und Kommunisten, denen sie manchmal wegen ihres Hakenkreuzes ausgegesetzt gewesen seien, und gegen eine Wilmerdorfer „Malkolonne“ zur Wehr setzen. Staatsanwaltschaftsrat Rombrecht bezeichnete das Vorgehen der Angeklagten als roh und gemein. Das Urteil lautete gegen Wolff auf neun Monate Gefängnis, gegen Kallweit auf fünf Monate, gegen Meyer auf vier Monate, gegen Leder auf zwei Monate Gefängnis. Bautsch und Overmann wurden freigesprochen. Mit Rücksicht auf ihre Jugend gewährte das Gericht den Angeklagten jedoch eine dreijährige Bewährungsfrist gegen Zahlung einer Buße, die bei Kallweit, Wolff und Meyer auf 100 000 M., bei Leder auf 50 000 M. bemessen wurde. Den Eltern wurde die Räumung vom Gericht erteilt, ihre Jungen in bessere Zucht zu nehmen. — Früher pflegte man in den „Staatsverhaltenden Kreisen“ irgendwelche Ausschreitungen Jugendlicher als „die Folge des verderblichen Einflusses der Sozialdemokratie“ zu bezeichnen, ohne Rücksicht darauf, ob die betreffenden etwas mit der Sozialdemokratie zu tun hatten oder nicht. Man wird nicht sagen können, daß das Urteil besonders hart war und da den jugendlichen Randalis eine Bewährungsfrist zugesprochen wurde, ist es vielleicht doch noch möglich, daß sie sich bessern. Allerdings scheint nach den zahlreichen Proben deutschholländischer „Tapferkeit“ dazu recht wenig Aussicht zu sein.

Prozess Wofal.

Das Versteck im Keller.

Das Gericht beschloß im weiteren Verlauf der Verhandlung den Sachverständigen Keinen auf Grund des Einwandes der Vertretung nur als Zeugen zu vernehmen, und dieser betonte sodann, daß in einem Kellerlager bei Wofal 49 Kisten mit Feilen versteckt waren, die sämtlich in Originalverpackung lagen. Dort fand man auch noch 133 Äpfel, die nach Angabe Maßiges dort auch versteckt worden seien. Die Feilen, die der Sachverständige Brenneke gesehen hat, seien dieselben, die er von dem Lager Wofals nach den Deutschen Werten zurückgeführt habe. Es waren darunter nur einige wenig aufgearbeitete Feilen. Die anderen waren alle gut. Bei dem Abtransport von der Geschützlehre in Spandau sind erst drei Waggons mit neuen Feilen herausgeholt worden. Diese Feilen sind dem Zeugen seinerzeit als unverkäuflich bezeichnet worden. Nachher ist Wofal nochmals auf dem Lager erschienen und hat unter Vorgehung seines Kaufvertrages Anspruch auf Feilen erhoben. Zu dem Abtransport war er mit einem Postkartwagen erschienen. Doch 14 bis 15 Postkartwagen hin und her zum Südbahnhof führen, hätte Brenner auffällig vorkommen müssen. Das alles deutet darauf hin, daß die Sache „gemacht“ war. Auf Befragen von Staatsanwaltschaftsrat Hermann erklärt der Zeuge es auch für unsahelhaft, daß Brenner es zuließ, daß Wofal seine eigenen Arbeiter auf das Lager kommen ließ. Gegen diese Behauptung des Zeugen wenden sich die Rechtsanwälte Dr. Haiperi und Dr. Falk durch zahlreiche Gegenfragen.

Bewahrt das Feuer und das Licht.

In letzter Zeit häufen sich solche Brände, bei denen die Entstehungsurache auf Verstöße gegen baupolizeiliche Vorschriften zurückzuführen ist. Insbesondere wird, wie die Deputation für die städtische Feuerpolizei mitteilt, das Festen von Feuerlöschern, von Feuerwehrlern in Räumen mit Parkett- und Stahlfußböden sowie von Vorhängebänden vor den Abfahrbahnen der Kochmaschinen festgestellt. Die freien Holzstöße, z. B. die Türbalkenbündel der Küchen, liegen ungeschützt zu nahe an Feuerstellen; auch werden in alten Wohnungen Feuerlöcher durch Holzwände, ohne durch vorchriftsmäßige Isolierung geschützt zu werden, geführt. Vernachlässigung von Reparaturarbeiten an Kochmaschinen, die nach der alten Baupolizeivorschrift direkt auf dem Holzfußboden aufgebaut sind, führt ebenfalls häufig zu Bränden; desgleichen die Aufstellung eiserner Öfen ohne die vorgeschriebenen Steinunterlagen unmittelbar auf dem Holzfußboden. — Die städtische Feuerpolizei wird künftig solche Verstöße gegen die Feuerpolizei zur Anzeige bringen und außerdem beim Eintreten eines Brandschadens denjenigen, der ihn verursacht hat, wegen Sachverleß in Anspruch nehmen müssen. Den Hauseigentümern wird daher empfohlen, ihre Grundstücke daraufhin einer Nachprüfung zu unterziehen und für die baldige Beseitigung der Mängel Sorge zu tragen.

Die Vorbereitungen für die preussischen Gemeindevahlen eröffnet die „Gemeindepolitik“ mit ihrer sechsten als Sondernummer erschienenen Nummer 5. Sie enthält den vollständigen Wortlaut und Erläuterungen des Gesetzes über die vorläufige Regelung der Gemeindevahlen in Preußen und einen in das neue Gesetz einführenden Aufsatz von Paul Hirsch. Die Situation für die Gemeindevahlen im alt- und neubefreiten Gebiete behandeln Peter Trimborn (Stadtbezirk in Köln) und Ernst Wehlich (Stadtverordneten-Vorsitzer in Dortmund und Reichs- und Staatskommissar). Der Landtagsabgeordnete und Gemeindevorsteher G. Ernstig schreibt über Gemeindevahlen und Landgemeinden und Leopold Hölzl, Bürgermeister in Auisig, über die Gemeindevahlen in der Elbchlostermark. Außerdem enthält die Nummer einen Überblick über kommunalpolitische Organisationen, und zwar vornehmlich die bürgerlichen, da einschlägliches Material für unsere Partei infolge mangelnder Mitarbeit der Genossen im Lande nicht zu beschaffen war.

Das Weltpanorama in der Sonne Nr. 76 zeigt auch in den kommenden 14 Tagen Naturerscheinungen von hervorragender Schönheit. Besonders Interesse beansprucht im Wochenplan vom 6. bis 11. Mai die interessante Reise in das Bergische Land, das leider zum großen Teil ja auch durch die Ausdehnung zum neubefreiten Gebiet geht. Daneben werden sehr interessante Bilder von der Weltausstellung in Buffalo und die gemalten Wasserfälle des Niagara gezeigt. Ein anderes Bild deutscher Erde bietet sich auf der Fahrt durch den Spessart und das altertümliche Wäldchen in der Höhe vom 12. bis 18. Mai. In den Bodensee führt ein Rundgang durch Romantische mit seinen Felsen und hohen Wäldern. Die Preise sind auch nach der neuen Befreiung außerordentlich mäßig: Erwachsene zahlen 50 M., Kinder nur 20 M. Ein Abonnement von sechs Reisen kostet 300 M., ein Vereinsblatt über 100 Reisen nur 2500 M. Bei Massenreisen Besatz sind 3 M. pro Person zu entrichten.

Bezugsbedingungen für Groß-Berlin. Sonntag, 13. Mai, nachmittags 3 Uhr, im Schiller-Theater, Charlottenburg. „Die Journalisten“, Lustspiel in fünf Akten von Gustav Freitag. Einige Karten sind noch im Bureau zu haben. Sonntag, den 14. Juni, nachm. 7 1/2 Uhr, im Deutschen Overhaus, „Die lahmen Weiber von Windsor“, mit Sonntag, den 17. Juni, nachm. 7 1/2 Uhr, „Die Redemänner“, Karten à 2000 M. im Bureau des Bezugsbedingungen, Lindenstr. 3, 2. Hof, 2 Treppen, Zimmer 8, und bei den Bildungsausschussmitgliedern der Abteilungen.

Eine Erdbeule von ungeachteter Größe ist in der Feldmark Kienthal bei Bielefeld entdeckt worden.

Letzter bis Freitag mittag. Rül, nur zeitweise heiter, überwiegend bewölkt mit wiederholten Regenschauern bei mäßigen, vorherrschend nördlichen Winden.

Landtagsprotest gegen das Urteil von Werden.

In der gestrigen Sitzung des preussischen Landtages richtete zu Beginn der Beratungen Präsident Leinert eine feierliche Ansprache an das Haus, die von den Abgeordneten und auch von den Tribünenbesuchern lebhaft entgegengenommen wurde und die sich mit dem neuen Urteil des französischen Kriegsgerichts befaßte. Gestatten Sie mir — betonte der Präsident — bei Eröffnung der Sitzung des Urteils zu gedenken, das gestern von dem französischen Kriegsgericht gefällt worden ist. Dort sind die Direktoren der Krupp'schen Fabrik und ein Mitglied des Betriebsrates zu Gefängnisstrafen von 20, 15, 10 Jahren und etwas weniger verurteilt worden. Der französische Militarismus hat dieses Urteil gefällt und der Zweck dieses Urteils ist lediglich der, das französische und belgische Militär von der Blutschuld an dem Elener Osterjannabendmorgen zu reinigen. (Sehr wahr.) Die Täter haben das Gericht gebildet. Das Urteil war vorgeschrieben, weil die Freisprechung der Wörder an deutschen Arbeitern vor aller Welt festgestellt werden sollte. Dieses Urteil soll die Rechtfertigung der schändlichen Vergewaltigung der deutschen Bevölkerung sein, es ist aber im Gegenteil ein Beweis für das furchtbare Unrecht, das die belgischen und französischen Entbrecher in Deutschland verübten.

Wir haben mit großer Empörung von dem Urteil Kenntnis genommen. Es ist kein Ruhmesblatt für Frankreich und Belgien. Sie versuchen jetzt, durch derartige Schandurteile die Welt über die Brutalität des Einbruchs zu täuschen. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn wir heute feierlich Protest gegen die neue Vergewaltigung erheben, dann müssen wir auch erklären, daß das Maß der Leiden der Rhein- und Ruhrbevölkerung bis zur Untrügligkeit gesteigert ist. (Lebhafte Zustimmung.) Um so mehr ist die Haltung der Bevölkerung und ihre Treue zu unserem Volke anzuerkennen. Ich spreche dieser Bevölkerung namens des Landtages den herzlichsten Dank aus. (Lebhafte Beifall.) Wir stehen zu ihr und verteidigen uns vor den Leidenden, vor den Hinterlistigen und vor den Beurteilten. Unsere Sympathien und die Sympathie des Landtages begleiten die Beurteilten auch in das Gefängnis hinein. Ich stelle fest, daß der Landtag im Gefühl der Empörung und mit lebhafter Anteilnahme an allen denjenigen, die unter dem Ruhrerdruck zu leiden haben, mit mir vollständig einig ist. (Lebhafte Beifall im ganzen Hause.)

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung gibt Genosse Elmberg die Erklärung ab, daß die Behauptung des kommunistischen Abgeordneten Eberlein, die Prägelei, deren Objekt der Abgeordnete Kall geworden, sei von der sozialdemokratischen Fraktion beschlossen worden, eine niederträchtige Verleumdung ist. Hierauf legt das Haus die Beratung des Haushalts des Kultusministeriums fort. Nach dem Abgeordneten Dr. Eismann (Jir.), der für den Anspruch der Kirche auf staatliche Zuschüsse eintritt, nimmt Präsident Leinert abermals das Wort, um das Jochen zu seiner Kenntnis gelangen zu lassen.

Artell im Mainzer Kriegsgerichtsprozess dem Hause mitzutellen: „Etwa 15 Beamte des Deutschen Eisenbahnerverbandes, Beamte der Eisenbahndirektion und weitere Vertreter der Eisenbahnerverbände sind verurteilt worden zu Strafen von 20, 8 und 7 Jahren Gefängnis. (Die Mitglieder des Hauses haben sich von den Plätzen erhoben.) Ingesamt sind vom Montag zum Dienstag rund 179 Jahre Gefängnis und Millionen von Geldstrafen verhängt worden. (Lebhafte Pfuirufe.) Das ist geschehen in einem verhängt worden. (Lebhafte Pfuirufe.) Das ist geschehen in einem Gebiet, wo kein Krieg ist und gegenüber einem Lande, mit dem kein Kriegszustand besteht. Auch hier handelt es sich um den gewöhnlichen Terror. Auch in Mainz Beurteilten sprechen wir unsere Anerkennung für ihr Verhalten und unsere Teilnahme aus. Frankreich wird sich irren, wenn es meint, dadurch Angst und Schrecken in die Bevölkerung zu bringen. Ich stelle fest, daß diese Schamlosigkeit vom preussischen Landtag mit der größten Empörung aufgenommen worden sind.

In der Fortführung der Kultusdebatte erklärte nach Ausführungen der Abgg. Koch-Denhausen (Dnat.), Münchener (D.B.), Kleinmann (Soz.), man stelle die Forderung des konfessionellen Religionsunterrichts nicht mit Rücksicht auf die Religion, sondern mit Rücksicht auf die Kirche.

Bei dem Abschluß der Lehrerbildungswesen wendet sich Abg. Holz-Aischerleben (Soz.) gegen die Haltung des Ministers. Der Gemeindefortschritt komme in der Schulpolitik des Ministers kaum zur Geltung. Der Minister betenne sich zwar theoretisch zur Einheitschule, entschuldige sich dann aber mit der Berufung auf das Elternrecht. Das laufe für die Praxis darauf hinaus, daß die Schaffung der Einheitschule auf den 1. November verschieben werde. Wenn man die Parteien höre, so wollten eigentlich alle die Einheitschule, auch das Zentrum wolle sie. Es wolle natürlich die ganze Welt katholisch machen. Da das nicht möglich, komme für die Praxis nur eine Verschärfung der konfessionellen Gegenläufe heraus. Zur Widerung

dieser Gegenläufe habe nun aber gerade die Sozialdemokratie die Einheitschule gefordert. Der Minister kommt der Kirche und ihren Ansprüchen weiter entgegen, als die Verfassung ihn verpflichtet. Nach der Verfassung soll die Gemeinschaftsschule und nicht die Konfessionsschule die Norm bilden. Als Kultusminister des größten Bundes müßte eigentlich Herr Beetz für die Gemeinschaftsschule eintreten. Er hat aber lediglich den Wunsch, daß das Reichsschulgesetz bald verabschiedet wird. Es ist nicht richtig, daß wir, wie Herr Lauffer zum Zentrum sagte, auf die Vermehrung der weltlichen Schulen hinarbeiten. Wir wollen keine weltlichen Sonderschulen. Wir wünschen nur, daß dort, wo die weltliche Schule eingerichtet wird, sie nicht als Stiefkind betrachtet wird.

Auch die weltlichen Schulen müssen das Recht haben, Religionsunterricht einzuführen.

Der Minister hat für die Grundschule vier Religionsstunden angelegt. Die Verfassung spricht aber nichts davon; sie spricht weder von der Stundenzahl, noch von dem Zeitpunkt, an welchem der Religionsunterricht beginnt. Die Verfassung weicht auch nichts von dem Einfluß der Religionsgesellschaften auf die Lehrpläne, auf die Belieferung der Schulbücher um. In all diesen Dingen kommt der Minister den kirchlichen Ansprüchen bereitwillig entgegen. Die Kompromißverhandlungen zum Reichsschulgesetz zielen auf eine Beschränkung der pädagogischen Freiheit der Lehrer. Es besteht die Gefahr, daß später ein Lehrer, der für die weltliche Schule eintritt, an einer konfessionellen Schule unmöglich gemacht wird. Schon jetzt kommen Warnungen von oben her, daß bei einem Austritt aus der Kirche für den Lehrer Schwierigkeiten für sein Fortkommen entstehen. Der Minister Beetz findet zwar schöne Worte über die Bedeutung der Lehrerpflicht, aber von den Bedingungen für die freie Entfaltung dieser Persönlichkeiten sehen wir nichts. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Gollwitzer (J.): Die fertigen Pläne über die Lehrerbildung könnten nicht umgesetzt werden, weil die Sozialdemokratie über Nacht anderer Meinung geworden ist.

Abg. Lufschütz (Dnt.): Meine Partei verzichtet bezüglich der Stellenbesetzung spezielle Parteiwünsche an das Ministerium zu richten. (Heiterkeit links.)

Abg. Schwarzhaup (Epi.): Das Vorgehen des Herrn König gegen den Kultusminister bedeutet eine schwere Befreiung für die Koalition. Das möchte ich im Auftrage meiner Fraktion mit aller Deutlichkeit ausprechen.

Abg. Simon-Reusatz (Soz.) weist auf die Zunahme der Erkrankungen der Schulkinder hin und verlangt, daß der Austausch von notleidenden Kindern zwischen Stadt und Land reger betrieben werden müsse. Besonders schlimm sei die Lage der Kinder der vertriebenen Familien. Tausende von Menschen seien in den Sammelslagern zusammengedrängt. In englischer wie in sittlicher Hinsicht hätten sich unholdbare Zustände in diesen Lagern entwickelt. Die Schulauslese muß systematisch nach psychologischen und pädagogischen Gesichtspunkten erfolgen. Das Prinzip der Arbeitschule müsse auch für die höheren Schulen zur Geltung kommen. Zur Personalpolitik des Ministers bringt Redner eine Reihe von Fällen vor, die zeigen, daß die Nichtberücksichtigung sozialistischer Lehrer bei der Stellenbesetzung durchaus nicht immer die Frage der Konfessionalität ausschließt werden könne. Es liegen Fälle vor, in denen an der religiösen Überzeugung des Lehres nicht der geringste Zweifel bestand und wo dennoch der betreffende Lehrer übergangen wurde, lediglich deshalb, weil er Sozialdemokrat ist.

In einer persönlichen Bemerkung erklärt Abg. König (Soz.) gegenüber den Ausführungen des Volksparteilers Schwarzhaup, daß er nicht für die Stellenbesetzung nach parteipolitischen Gesichtspunkten, sondern für die Befreiung frei von allen politischen und konfessionellen Engherzigkeiten eingetreten sei. Wenn er ferner Zustimmung der Schulkinder über die Lage des preussischen Staates nach dem Zusammenbruch von 1807 gefordert habe, so bedeutet das nicht das Hineintragen der Parteipolitik in die Schule. Aber der Hinweis, daß damals auch die Monarchie gestürzt worden sei, Erfüllungspolitik zu treiben, trage zur Sicherung der Jugend vor rechtsradikalen Vergehungen bei. Es liege also im Interesse des Staates.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Freitag 12 Uhr. Tagesordnung: Einspruch der Kommunisten gegen den Ausschluß. Weiterberatung des Kultursetzes. Schluß 1/2 6 Uhr.

Der Keilsteinrat des preussischen Landtages beriet am Mittwoch vor Beginn der Botschaft über den Einspruch, der gegen die Ausschließung der kommunistischen Abgeordneten eingeleitet worden ist. Es wurde beschlossen, den Einspruch abzulehnen. Am Freitag wird der Einspruch die Tagesordnung selbst noch beschäftigen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

7. Kreis, Charlottenburg. (Beratungskommission.) In der Expedition Material abholen.
8. Kreis, Tiergarten. Morgen, Freitag, den 11. Mai, abends 7 1/2 Uhr, Kreismitgliederversammlung in den Armutswohnungen, Bremer Str. 18. Vortrag der Genossin Toni Seiber, W. d. R. über: Die Aufgaben der Partei. Alle im Kreis Tiergarten wohnenden Mitglieder sind zum Erscheinen verpflichtet.
9. Kreis, Friedrichshagen. Kreisversammlung für Arbeiterwohlstand und Arbeiterbildungsmission. Jeden Freitag abends 7 1/2 Uhr, abends 7 1/2 Uhr, im Wohlbehagen, Rigler Str. 109. Vortrag: Die Aufgaben der Partei. „Bereitschaft und Jugendamt.“ Arbeiterjugend und Jungsozialisten sowie Mitglieder der Arbeiterunterstützungs- und Arbeiterbildungsmissionen sind eingeladen.
10. Kreis, Prenzlauer Berg. Freitag, den 11. Mai, 7 Uhr, Sitzung der Ortskommission der Arbeiterbildungsmission. Obstände der Mitglieder sowie der Ortskommissioner der Arbeiterbildungsmission in der Juristischen Gesellschaft, Lindenstr. 3. Die Parteimitglieder sind zu dieser Sitzung eingeladen. Alle Abteilungen müssen vertreten sein.
11. Kreis, Westend. Freitag, den 11. Mai, 7 Uhr abends, engster Arbeitsvorstand in Bureau Rindorfstr.
12. Kreis, Kreuzberg. Wichtige Konferenzen aller Funktionsträger (Politik, Wohlfahrt, Arbeiterjugend und Arbeiterbildungsmissionen). Freitag, den 11. Mai, abends 7 Uhr, im Jugendheim, Rindorfstr. 109, Schulstr. 109. Jeder Ort muß vertreten sein.

Heute, Donnerstag, den 10. Mai: 10. Mt. Kreuzberg. Sitzung, Besichtigungsreise. Die Kaiserferien sofort abbrechen beim Genossen Holz, Werrastr. 26. Jungsozialisten Charlottenburg. 7 1/2 Uhr im Jugendheim Rindorfstr. 4. Vortrag des Genossen Sprenger: „Die nationale Frage und Jungsozialismus“.

Morgen, Freitag, den 11. Mai: 23. Mt. 7 Uhr Sitzung der Kommunisten Kommission in der Grunowstr. 109, Zimmer 19. Vortrag des Gen. Brödel über: „Bereitschaft“.

100. Mt. Westend. 7 Uhr in der Friedrichshagen Funktionsträgerkonferenz. Stellungnahme zu den Vergütungen am 1. Mai.

Zugendheim Lindenstraße 3 bleibt heute geschlossen. Ortsversammlung für Jugendhilfe Kreuzberg. Am Sonnabend, den 12. Mai, findet im Stadtbad Kreuzberg zum Behen der Jugendbergschweine ein Vereinsausflug nach Wilmersdorf. „Bereitschaft Berlin 1897“ und „Freie Schwimmer Kreuzberg“. Zur Verfügung stehende Conzerten, Reigen und Wasserballspiele. Bei

Lebensmittelpreise des Tages. Zufuhr: Fleisch ausreichend. Geschäft mäßig. Fische ausreichend, Geschäft flott. Obst und Gemüse reichlich, Geschäft flott.

Am Mittwoch galten in der Zentralmarkthalle folgende Kleinhändlerpreise: Rindfleisch 3600—4400 M., ohne Knochen 4400—5800 M., Schweinefleisch 5100—6500 M., Kalbfleisch 8000—9000 M., Hammelfleisch 3500 bis 5100 M., Schellfisch 750—1800 M., Seelachs 1000 M., Dorsch 850 bis 750 M., in Eis: Schleie 3000—3500 M., Hechte 8000—2800 M., Plötzen 800—1200 M., Labanda Hechte 8000—4300 M., Naturputzer 7500 8800 M., Margarine 4000—5500 M., Schweineschmalz 6500—7000 M., Eier 380—435 M., das Stück, Weizenmehl 1150—1250 M., Gerstenputz 900—1000 M., Kartoffelmehl 750—850 M., Weizkohl 450—700 M., Wirsingkohl 650—900 M., Blumenkohl 2500—3700 M., der Kopf, Spinat 300 bis 500 M., Kohlpfahl 300—400 M., Kartoffeln 500—650 M., 10 Pfund.

bei scharfen (vorläufigen) Abwärtstendenzen zwischen beiden Parteien sind beide Parteien zu erwarten. Eintristationen zum Ziele von 700 M. sind an der Abendkasse zu haben.

Morgen, Freitag, den 11. Mai:

Hanenburg. Jugendheim Teichstraße, Schule, Mittelalterverammlung. — Berg. Jugendheim Chausseest. 6. Vortrag: „Blam und seine Zeit“. — Charlottenburg. Jugendheim Rindorfstr. 4. Vortrag: „Die Entfaltung der Menschheit“. — Tiergarten. Abends. Jugendheim Schulstr. 109. Vortrag: „Die Aufgaben der Partei“. — Westend. Jugendheim Schulstr. 109. Vortrag: „Die Aufgaben der Partei“. — Friedrichshagen. Jugendheim Rigler Str. 109. Vortrag: „Die Aufgaben der Partei“. — Prenzlauer Berg. Jugendheim Rindorfstr. 109. Vortrag: „Die Aufgaben der Partei“. — Kreuzberg. Jugendheim Rindorfstr. 109. Vortrag: „Die Aufgaben der Partei“.

Wichtig, Abteilungsversammlungen! Die Programme für den Juni, ezentuelle Anträge und die Delegierten zur Generalversammlung, sowie die restlichen Anweisungen für Kundentage müssen unbedingt bis morgen, Freitag, den 11. Mai, abends 7 Uhr, im Jugendheim Charlottenburg, Schulstr. 109, bei den Abteilungen, die die Abteilungen für den Bezirk erhalten haben, die Parteimitglieder, bis die Abteilungen für den Bezirk erhalten haben, müssen ebenfalls bis Freitag abgereicht werden. — Die Kassen müssen ebenfalls bis Freitag abgereicht werden. — Die Kassen müssen ebenfalls bis Freitag abgereicht werden. — Die Kassen müssen ebenfalls bis Freitag abgereicht werden.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Verein der Arbeiter für Kreisbesetzung, z. B. 3. Bezirk. Am 11. Mai, abends 7 Uhr, Redebureau Holzstr. 109, Chausseest. 64, Westliche Versammlung mit Vorträgen über Kreisbesetzung.

Reiseklub der Arbeiterbildungsmissionen und Arbeiterbildungsmissionen. Ortsverein Charlottenburg, den 11. Mai, Versammlung im Gymnasium, Schulstr. 109. Vortrag: „Die neuen Kräfte“. Gäste willkommen.

Sport.

Rennen zu Hoppegarten am Mittwoch, den 9. Mai.

1. Rennen. 1. Gelb (Vrege), 2. Zillich (M. Schmidt), 3. Hög (Groß). Toto: 45 : 10. Platz: 13, 12, 26 : 10. Berner liefen: Landesfürst, Delfe, Schum Dfg, Grolsch.
2. Rennen. 1. Almaldo (Leidmann), 2. Ölger (Gugener), 3. Frau Salla (Luhwig). Toto: 14 : 10. Platz: 12, 12, 16 : 10. Berner liefen: Eibmete, Kleinwand, Gardsch, Grolsch, Uderole.
3. Rennen. 1. Rogume (Himmermann), 2. Komoral (Ruhse), 3. Waldung (D. Schmidt), 4. Sangmeister (Konrad). Toto: 22 : 10. Platz: 16, 23 : 10. Berner lief: Rehsgral.
4. Rennen. 1. Wladislaus (Kallenberg), 2. Gierhagen (H. Schmidt), 3. Waldberg (Remy). Toto: 19 : 10. Platz: 13, 15 : 10. Berner liefen: Tollo, Rindorfstr.
5. Rennen. 1. Erdensäger (Dielich), 2. Soltram III (Himmermann), 3. Bestall (H. Schmidt). Toto: 12 : 10. Platz: 11, 17 : 10. Berner lief: Berks.
6. Rennen. 1. Ringloalis (Zachmeyer), 2. Galania (Dreihig), 3. Grelcrudo (D. Schmidt). Toto: 84 : 10. Platz: 14, 14, 11 : 10. Berner liefen: Goloofen, Galania, Samenhefen. Gän wurde zurückgezogen und Einläufe zurückgezogen.
7. Rennen. 1. Nilda (Lorle), 2. Van Robert (Rah), 3. Japs (Bregor). Toto: 43 : 10. Platz: 18, 21, 26 : 10. Berner liefen: Sagnet, Grelor, Adogia, Centrifugal, Kisterole.

